

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Pretzelle oder deren Raum 60 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die gleiche soziale Wertschätzung.

r. Das, was ein Arbeiter, der die Welt mit denkenden Augen betrachtet, in allererster Linie unangenehm empfindet, ist seine schlechte wirtschaftliche Lage. Wenn er Vergleiche zieht zwischen seiner Lebenshaltung und der eines Angehörigen der Mittel- und Oberschichten, so kommt ihm seine Benachteiligung in materieller Beziehung in bezug auf Nahrung, Wohnung und Kleidung, in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, deutlich zum Bewußtsein. Auch in geistiger Beziehung, in bezug auf Wissen und Bildung, Kunst und Kultur, befindet sich der Arbeiter gegenüber den anderen Schichten im Nachteil. Und wie es sich in rechtlicher Beziehung verhält, das ist allgemein bekannt, denn daß der moderne Proletarier als Mensch minderen Rechts betrachtet und behandelt wird, kann wohl kaum noch im Ernst bestritten werden. Auch auf sozialem Gebiete, in bezug auf die gesellschaftliche Wertschätzung eines Menschen, tritt die Zurücksetzung des Arbeiters deutlich in Erscheinung.

Die Gegenwart tut sich viel darauf zugute, daß heutzutage die Arbeit eine Ehre geworden sei, und das Christentum rechnet es sich zum Ruhme an, daß es die Arbeit, die im Heidentum verachtet worden sei, zu Ehren gebracht habe. „Ehrt den König seine Würde, ehret der Hände Fleiß!“ spricht der Dichter, das heißt mit anderen Worten: Wildet sich der König etwas darauf ein, daß er als Herrscher auf dem Throne sitzt, so sind wir Arbeiter stolz darauf, daß wir mit unserer Hände Arbeit alles das schaffen, was das Leben lebenswert und lebensfähig macht. Es gehört heute in allen Kreisen zum guten Ton, daß die eheliche Arbeit in begeisterten Worten gepriesen wird und daß man das Proletariat und das Schwarzermeien als eine Schande bezeichnet. Leider merkt man in der Praxis des Lebens nichts von dieser schönen Theorie. Die Wertschätzung der schaffenden Arbeit existiert nur in der Phantasie, und der Mann im Arbeitsstittel ist in der Wirklichkeit heute noch ebenso verachtet wie früher. Diese Tatsache ist so bekannt, daß man sie nur anzudeuten braucht.

Solange wir eine Klassengesellschaft haben, beobachten wir die Verachtung der Arbeit und der Arbeiterklasse. Im heidnischen Altertum, im christlichen Mittelalter und in der aufgeklärten Gegenwart — immer und überall finden wir, daß die herrschende Klasse den Unterschichten alle schmerzlichen und unangenehmen Arbeiten aufbürdet und daß sie die Angehörigen der Unterschichten obendrein noch auf die höchste Verachtung. Ein sehr interessantes Beispiel, das uns diese Verachtung treffend bezeugt, ist die Auffassung über die Ehe. Die Ehe ist bekanntlich eine soziale Erscheinung, eine gesellschaftliche Einrichtung, während die geschlechtlichen Beziehungen natürliche Vorgänge sind, die mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen nichts zu tun haben. Ein Mann, der eine Ehe eingetrit, nimmt dadurch seine Frau in seine Klasse, in die Gesellschaft seiner Klassengenossen, in seine Familie auf. Hier spielen und spielen die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede eine ausschlaggebende Rolle, und darum zeigt sich auch hier die Mißachtung der Arbeiterklasse in nacktester Form. Bei den alten Römern gab es keine Ehe zwischen einem Herrn und einer Sklavin, zwischen einem Patrizier und einer Plebejerin; eine geschlechtliche Verbindung zwischen Angehörigen dieser beiden Klassen war ein bloßes Konkubinat, und die daraus entsprossenen Kinder waren uneheliche Kinder. Und noch heute besteht diese Auffassung in unserer sogenannten besseren Gesellschaft. Ein Mann aus einer reichen, vornehmen Familie darf wohl ein intimes Verhältnis unterhalten mit einem Mädchen aus Arbeiterkreisen, aber er darf dieses Mädchen nicht heiraten, weil eine solche Ehe eine Mesalliance, eine Miheverbindung, ist und den Widerstand der Familienangehörigen und Klassengenossen heraufzordert. Man will eben ein Proletarierkind nicht in die „bessere“ Gesellschaft aufnehmen, und wenn ein Mann starknädig genug ist, doch einen solchen Schritt zu wagen, so magt er sich in seinen gesellschaftlichen Kreisen unmöglich und wird als ein Ausgestoßener angesehen. Deutlicher kann man die mindere soziale Wertung der Arbeiter wohl nicht illustrieren.

Demgegenüber fordert das moderne Proletariat, das alle Klassengegensätze beseitigen will, die gleiche soziale Wertschätzung aller Glieder der Gesellschaft. Jeder, der an irgendeiner Stelle in der Gesellschaft seine Pflicht erfüllt, indem er nützbringende Arbeit leistet, soll geehrt und geachtet werden. Wir können ja nicht alle leitende Stellungen einnehmen, denn auch die einfachen Ar-

beiter müssen gemacht werden, aber die soziale Achtung soll keinem versagt werden, der sich zum Wohle der Menschheit müht. Das hat natürlich mit der persönlichen Wertschätzung eines Menschen nichts zu tun, denn in persönlicher Beziehung kann man einen Künstler höher schätzen als einen Menschen, der mechanische Arbeit verrichtet, aber auch dem einfachen schlichten Manne soll man die Ehre und die Anerkennung nicht vorenthalten. Weil auch er ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft ist, deshalb verdient er die gleiche soziale Wertung wie jeder andere. Wie traurig es bei uns in dieser Hinsicht bestellt ist, das weiß jedermann, und wie schwer es sein wird, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, läßt sich ebenfalls leicht ermaßen.

Besonders nach zwei Richtungen hin muß die Besserung eintreten. Zunächst müssen sich die Arbeiter bemühen, ihre wirtschaftliche Lage zu heben, indem sie ihr Einkommen erhöhen. Die Stellung, die ein Mensch in der Gesellschaft einnimmt, richtet sich zum großen Teil nach dem, was er verdient und was er ausgeben kann. Hieraus erklärt es sich, daß die Arbeiter in einer Gegend, wo verhältnismäßig gute Lohnbedingungen existieren, eine größere Rolle spielen als in einer Gegend, wo die Löhne schlecht sind. Der soziale Einfluß eines Menschen und einer Gruppe wird mit bedingt durch seine wirtschaftliche Lage. Auch der geistige Hoch- und Tiefstand der Menschen bedingt ihre gesellschaftliche Stellung. Ein geistig hochstehender Mensch ist imstande, einen gesellschaftlichen Einfluß zu gewinnen auf Leute, die ihn an wirtschaftlichen Gütern weit überragen, wie man dies jeden Tag beobachten kann. Darum ist es nötig, daß die Proletarier sich mehr Bildung aneignen, wenn sie auf der sozialen Stufenleiter emporsteigen wollen. Die Verachtung, mit der die Oberschichten auf die Arbeiterklasse herabbliden, entspringt nicht nur aus der Armut, sondern auch aus der Unbildung der Unterschichten. Eine höhere soziale Wertung hat also eine wirtschaftliche und geistige Hebung zur Vorbedingung, und aus diesem Grunde bemühen sich die modernen Arbeiterorganisationen nicht nur um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch um höhere geistige Güter. Die soziale Frage ist ganz folgerichtig über den Rahmen einer Magenfrage hinausgewachsen, sie ist zu einer Bildungs- und Erziehungsfrage geworden.

Aber noch ein Punkt ist hier von Bedeutung. Ein Mensch, der sich selbst für minderwertig hält, der sich vor den Höhergestellten bückt und krümmt, darf sich nicht wundern, wenn er als ein minderwertiger Mensch behandelt wird. Wer sich selbst zum Schuttpoker macht, sagt ein Sprichwort, wird von den Herren mit Füßen getreten. In dieser Beziehung tragen die Unterschichten sehr viel eigene Schuld an ihrem sozialen Tiefstand. Man braucht nur zu sehen, welche Haltung mancher Arbeiter annimmt, wenn er mit einem reichen Manne zu tun hat, und man begreift leicht, wo der Grund für die Mißachtung der Unterschichten durch die Oberschichten zu finden ist. Darum suchen wir auf die Arbeiter einzuwirken, damit sie die Sklavengesinnung und die Selbsterniedrigung ablegen und sich ein starkes Selbstbewußtsein aneignen. Der moderne Arbeiter, der sich seines inneren Wertes und seiner Bedeutung für das wirtschaftliche Leben bewußt geworden ist, hat sich das Schillerwort zur Richtschnur genommen: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“ Aufrecht und ungebeugt tritt er vor seinen Arbeitgeber hin und spricht: „Du hast einen großen Geldsack, und ich habe einen kleinen Geldbeutel, aber als Mensch bin ich gerade soviel wie du!“ Dieses proletarische Selbstbewußtsein muß in die Arbeiterkreise hineingetragen werden, aus ihm wird die gleiche soziale Wertschätzung hervorsprechen.

Die Zucker- und Branntweinbesteuerung im Deutschen Reich.

(Schluß)

Die zweite Hälfte der Mehrzahl, die allen gegenwärtigen feierlichen Versicherungen zum Trost von der konsumierenden Bevölkerung für die Heeres- und Marineverfälschung getragen werden muß, entfällt auf den Branntwein. Der Plan zur Steigerung der Branntweinsteuer war fein erfunden. Einfach eine Erhöhung der Branntweinsteuer um 36 Millionen zu verlangen, das wäre zu plump gewesen, zumal ja diese Steuer erst vor 3 Jahren mit der sogenannten Reichsfinanzreform um rund 80 Millionen Mark pro Jahr hinaufgeschraubt wurde. Die

Regierung verhüllte daher ihre wahre Absicht mit dem Mäntelchen einer Konzession an die liberalen Parteien. Die Branntweinliebesgabe, die in der Hauptsache den großen Kartoffelbrennern gewährt wird, wurde seit Jahrzehnten von der Linken bekämpft. Die Reichsregierung verknüpfte nun ihren eigentlichen Zweck, aus dem Branntwein eine weitere bedeutende Summe herauszuholen, mit dem Vorschlag auf Beseitigung der sogenannten Liebesgabe. Ein hübsches Wortspiel, das ein sozialdemokratischer Abgeordneter anwendete, kennzeichnet zutreffend den Kniff, der sich hinter dem Regierungsplan verbarg. Dieser Abgeordnete bemerkte: habe man bisher die „Abschaffung der sogenannten Liebesgabe“ verlangt, so könne man jetzt von der „sogenannten Abschaffung der Liebesgabe“ sprechen. In Wirklichkeit wurde nämlich die Liebesgabe nicht beseitigt, sondern verankert. Zur Erklärung muß man das überaus verwickelte System der Branntweinbesteuerung kurz skizzieren.

Der Zweck dieser Besteuerung ist ein doppelter: erstens sollen dem Reich möglichst hohe Einnahmen verschafft, zweitens den Schnapsbrennern hohe Preise gesichert werden. Für jede Brennerei wurde ein bestimmtes Kontingent, d. h. eine bestimmte, je nach der Größe des Betriebs bestimmte bemessene Menge Alkohol festgesetzt, für die ein geringerer Steuersatz galt; als für die Menge, die über dieses Kontingent hinaus erzeugt wurde. Vor der Reichsfinanzreform betrug der Steuersatz für den innerhalb des Kontingents erzeugten Alkohol 50 M., für den über das Kontingent hinaus erzeugten 70 M. pro Hektoliter. Durch die Reichsfinanzreform wurden diese Sätze auf 105 bzw. 125 M. erhöht. Da nun das Kontingent so bemessen war, daß es zur Deckung des Durchschnittsverbrauchs an Branntwein nicht ausreichte, sondern stets vom nichtkontingentierten Branntwein ansehnliche Mengen auf den Markt kamen, richtete sich der Preis des gesamten Branntweins nach den Herstellungskosten dieses nichtkontingentierten, um 20 M. höher besteuerten Alkohols. Die Verkaufspreise waren also so bemessen, als ob der gesamte Alkohol den höheren Steuersatz von 125 M. zu tragen hätte. Jeder Brenner bekam somit soviel mal 20 M. geschenkt, soviel er Hektoliter kontingentierten Alkohols herstellen durfte. Diese Steuerpolitik verlich dem Branntweinsteuergesetz den Charakter eines Fürsorgegesetzes für die Schnapsjunkies. Damit diese Fürsorge nicht unwirksam werde, sollte der Bundsrat, als infolge des vom sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossenen Schnapsboykotts der Branntweinverbrauch sank, das Kontingent so weit herab, daß wieder ein zur höheren Preisbildung ausreichender Teil des nichtkontingentierten Alkohols zur Deckung des Verbrauchs herangezogen werden mußte. Der Betrag, der auf diese Weise den Brennern jährlich zufließt, belieferte sich vor der Reichsfinanzreform auf etwa 48 Millionen; im Ganzen war bis zum Jahre 1900 den Alkoholherzeugern rund eine Milliarde Mark Liebesgabe geschenkt worden, die das freigebige Deutsche Reich den Schnapsbrennern skrupellos aus der Tasche nahm. Nach der Zerstörung der Wilhelmsbockherlichkeit plauderte der nationalliberale Abg. Semler in der Verärgerung offen aus, daß ihm Graf Posadowski, als er noch Schatzsekretär war, gefagt habe, die Liebesgabe sei nötig, weil sonst „unser ostelbischer Großgrundbesitzer nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Zuschüsse für den Leutnantsohn und den Referendarsohn zu geben“. Auf die Bemerkung, die Semler hinzufügte: „Das war wenigstens ehrlieh“, antwortete der den Reichstag zierende Direktor der Spirituszentrale, Abg. Preth: „Ehrlieh, aber dummi!“

Hätte nun die Regierung die Liebesgabe wirklich beseitigen wollen, so wäre der einfachste Weg der gewesen, die Steuer für allen erzeugten Alkohol, ohne Unterschied, auf den unteren Satz von 105 M. festzusetzen und zugleich die weiteren Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes über den Durchschnittsverbrauch und den Vergütungszwang aufzuheben. Statt dessen schlug sie die Erhöhung des Steuersatzes von 105 M. auf 125 M. vor und ließ jene Gesetzesbestimmung bestehen. Und die Mehrheit des Reichstags, neben den Parteien des alten Schnapsbocks auch die Nationalliberalen, stimmte zu! Nur den süddeutschen Staaten, die sich bei der Reichsgründung ein Branntweinsteuerreservat gesichert haben, wurde in Rücksicht auf die teure Herstellung des Obfbranntweins innerhalb des Kontingents noch eine Steuerermäßigung um 7,50 M. pro Hektoliter für die landwirtschaftlichen, um 5 M. für die gewerblichen Brennereien gewährt.

Da die Spiritusindustrie glänzend organisiert ist, konnte der Spiritusring mit leichter Mühe die Preise um so viel steigern, daß die Brenner von ihren bisherigen Gro-

fließen nicht einen Pfennig einblößen. Lange ehe das neue Branntweinsteuergesetz fertig war, stand die Preissteigerung fest. Die Reichsregierung erteilte dieser Volkswirtschaftsänderung nicht nur ihren Segen, sondern prämierte sie förmlich. Damit verhält es sich so: Während der Spiritusring in der Herstellung und dem Verschleiß des Trinkbranntweins eine Art Privatmonopol besitzt und dem Publikum die Preise einfach diktiert kann, bereitet ihm beim Absatz des gewerblichen Spiritus das Benzin und das Petroleum eine unbehagliche Konkurrenz. Damit nun die Spirituserzeuger auch bei den gestiegenen Preisen noch mit dem Petroleum und Benzin konkurrieren können, wird den Produzenten des gewerblichen Spiritus aus dem Mehrertrag der nun geregelten Branntweinsteuer die Summe von 16 Millionen zu Unterstützungszwecken gewährt. Der sozialdemokratische Antrag, diese Summe für die Unterstützung der Kriegsveteranen und zur Herabsetzung der Altersgrenze der Altersrentner zu verwenden, wurde nur von den Freisinnigen noch unterstützt, blieb also in der Minderheit.

Nur wenn zugleich die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und die Vergällungspflicht aufgehoben worden wären, könnte von einer Abschaffung der Liebesgabe gesprochen werden. Diese Bestimmungen haben die Spiritusindustrie monopolisiert und der Spirituszentrale in der Preisdiktatur unbeschränkte Macht verliehen. Ein paar Worte zur Erklärung: Neben der oben besprochenen Steuer, der Verbrauchsabgabe, wird noch eine zum Nachteil der gewerblichen Brennereien und zum Vorteil der Junker geregelte Vertriebsabgabe erhoben, die nach der Größe der Brennereien von 4 bis 14 Mk. pro Hektoliter Alkohol gestaffelt ist. Eine Ermäßigung dieser Vertriebsabgabe geniehen die vor dem 1. Oktober 1908 betriebsfähig hergerichteten Brennereien, die je nach der Größe und der Art des Betriebes nur 1/10 bis 1/10 der Vertriebsabgabe zu bezahlen haben. Dadurch wird neueren Brennereien die Konkurrenz erschwert, und die Produktion zum Zweck der Preissteigerung künstlich eingeschränkt. Diesem Zweck dienen auch die Bestimmungen über den Ueberbrand. Nach einem komplizierten Verfahren wird für die verschiedenen Arten der Brennereien auf Grund der bisher von ihnen erzeugten Alkoholmengen und wiederum unter Begünstigung der Schnapsjunker der Durchschnittsbrand berechnet. Der Ueberbrand, der über diesen Durchschnittsbrand hinaus erzeugt wird, hat die 1/2 fache Vertriebsabgabe zu zahlen, jedoch gilt für gewerbliche Brennereien ein Mindestsatz von 22 Mk., für sonstige Brennereien ein solcher von 18 Mk. und für die Monate, während welcher in einer Brennerei Gesezzeugung betrieben wird, ein solcher von 25 Mk. pro Hektoliter. Der von der Spirituszentrale in diesen Fragen geleitete Bundesrat hat es in der Hand, den Durchschnittsbrand nach den Profitbedürfnissen der Brenner herunter- und hinaufzusetzen. Wie diese Strafsteuer, so läuft auch noch die Denaturierungspflicht auf die Konkurrenzverhinderung hinaus. Denaturiert oder vergällt (für den Genuß unbrauchbar gemacht) müssen seit 1. Oktober 1910 werden: Bei den Brennereien, die Gesez nach dem Würzverfahren herstellen, der Teil des Erzeugnisses, der über 30 Proz. des Durchschnittsbrands hinausgeht, bei den übrigen Brennereien der Teil, der über 60 Proz. des Durchschnittsbrands hinausgeht. Die am Kontingent beteiligten Brennereien sind jedoch für die ganze Kontingentmenge von der Vergällungspflicht frei-

zulassen. Nimmt man noch hinzu, daß der Eingangszoll für eingeführten Alkohol 850 Mk. pro Hektoliter beträgt, so wächst das Verhältniß für die Macht, die in die Hand der Spirituszentrale gelegt ist.

Mit Hilfe der die freie Konkurrenz unterbindenden Gesezbestimmungen und Anordnungen des Bundesrats hat die Preispolitik der Spirituszentrale es verstanden, den Preis pro Hektoliter Branntwein von 40 Mk. beim Inkrafttreten der Steuererhöhung i. J. 1909 auf 75 Mk. im Mai 1912 zu steigern. Der Rückgang im Trinkverbrauch, der in den letzten 8 Jahren zu verzeichnen war, wurde von den Schnapsbrennern durch Preissteigerungen im dreifachen Betrag des Einnahmeausfalls ausgeglichen. Die Dividenden der Breslauer Spiritus-G., die 1900 auf 12 Proz. standen, erreichten 1910/11 den Höchststand von 26 Proz., die Spiritbank Verein kam auf 24 Proz. Die Aktienkurse dieser Gesellschaften stiegen allein seit 1906 von 258 auf 300,50 (Breslauer Spiritwerke) und von 309 auf 387 (Spiritbank Verein). Technische Fortschritte ergieften andere große Brennereien, so die Norddeutschen Spiritwerke von 145 auf 253, die Sinnerbrennerei von 287 auf 404 usw. Auch die tügerische Aufhebung der Liebesgabe wurde sofort, als die erste Nachricht darüber in die Öffentlichkeit kam, zur weiteren Erhöhung des Spirituspreises um 8 Mk. pro Hektoliter benutzt, obgleich das Inkrafttreten der Änderung des Branntweinsteuergesezes erst 5-6 Monate später zu erwarten war. Die Schnapsbrenner saugen aus allen Wästen Honig. Sie werden mit der Steigerung der Preise bis an die Grenze des Möglichen gehen. Die Schnapsjunker sowohl als die Mehrheit des Reichstages scheuen nicht den Raub an den Fernsten der Armen. Die Verelendeten, die zum Schnaps greifen, müssen die neuen Lasten tragen, die teils in dem Rücken des Rüstungsmolochs, teils in den unergründlichen Geldsäcken der Brenner verschwinden.

Aus diesen Gründen und in Rücksicht auf die Hebung der Volksgesundheit, die unter dem Branntweingenuß leiden muß, kann nicht eindringlich genug gemahnt werden: Arbeiter, meidet den Schnaps! Schont euren Körper! Verweigert den Schnapsbrennern die riesenprofitel Verweigert der Reichsregierung die Schnapssteuer.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Die christlichen Gewerkschaften haben im verfloffenen Jahre wiederum eine nicht unbeträchtliche Mitgliederzunahme erfahren. Nach dem im „Zentralblatt“ veröffentlichten Bericht stieg die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt von 295 129 im Jahre 1910 auf 340 957 im Jahre 1911. Am Ende des Jahres 1911 betrug die Mitgliederzahl 350 574 gegen 316 115 am Schluß des Jahres 1910. Das ist eine Zunahme um 34 459 oder um 10,9 Proz. Im Jahre 1910 hatten sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften um 38 054 oder um 12,8 Proz. vermehrt. Die Fortschritte, welche das Jahr 1911 gebracht hat, blieben also hinter denen des Jahres 1910 zurück. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen im verfloffenen Jahre 6 243 642 Mk., die Gesamtausgaben 5 299 781 Mk., das Vermögen am Jahreschluß 7 082 942 Mk., davon 6 420 880 Mk. in den Hauptklassen. Am Ende des Jahres 1910 hatte das Gesamtvermögen 6 113 710 Mk., davon 5 580 251 Mk. in den Hauptklassen, betragen.

Aus der nachfolgenden Uebersicht, aus welcher die Mitgliederzahlen der einzelnen Organisationen und deren Vermögen ersichtlich ist, ergibt sich, daß fast alle christlichen Verbände eine größere oder geringere Mitgliederzunahme erfahren haben. Eine Ausnahme macht nur der Bayerische Eisenbahnerverband, der reichlich 800 Mitglieder verloren hat. Das ist um so bemerkenswerter, als gerade diese Zentrumsorganisation sich der ganz besonderen Fürsorge der ultramontanen bayerischen Regierung erfreut.

Organisation	Mitgliederzahl am Ende des Jahres		Vermögen in Haupt- und Nebenkassen Ende 1911
	1910	1911	
Bergarbeiter	82 855	84 821	2 101 722
Zerthlarbeiter	40 820	40 652	687 881
Metallarbeiter	88 988	48 802	1 146 686
Bauarbeiter	95 647	41 418	780 066
Bayerische Eisenbahner	28 967	28 654	878 766
Deutsche Eisenbahn-Handw. u. Arbeiter	19 654	24 788	18 645
Staats-, Gemeinde- und Lehrarbeiter	18 800	16 267	51 925
Holzarbeiter	18 407	16 448	570 080
Tabakarbeiter	7 840	7 989	17 966
Heimarbeiterinnen	6 868	7 480	38 974
Stenographen	6 019	6 841	41 766
Leberarbeiter	5 107	5 658	78 770
Schneider	8 968	4 488	89 876
Maler	8 610	4 201	45 872
Telegraphenarbeiter	8 207	8 476	5 948
Württembergische Eisenbahner	2 542	3 428	8 727
Gutenberg- und Nahrungs- und Gemüsmittel-Brande	2 158	2 875	18 898
Kellner	1 920	2 254	16 821
Graphischer Zentralverband	1 527	1 787	24 177
Krankenspieler	1 878	1 454	8 758
Medlenburgische Eisenbahner	—	987	6 641
Gärtner	818	824	4 941
Zusammen	316 115	350 574	7 082 942

Dem Neujahrsbericht der christlichen Gewerkschaften widmet das „Zentralblatt“ wieder einen umfangreichen Kommentar. Wir erfahren aus ihm, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften einer theoretischen Grundlage ermangeln. Die Christen dagegen sehen sich immer mehr genötigt, ihre von der Sozialdemokratie abweichende Stellung zu den verschiedensten Problemen, die sie betreffen, auch theoretisch zu umschreiben. Eine solche theoretische Umschreibung der Grundlagen der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird auch sofort gegeben. Sier nach hat die Arbeiterschaft die Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung, soweit sie gesund ist, fördern zu helfen, um den Anteil der Arbeiter an ihren Ergebnissen in einem höchstmöglichen Grad sicherzustellen. Mit diesem Grundgedanken kann man sich zum Teil einverstanden erklären, nur muß man ihn ein klein wenig weiterspinnen. Welches ist denn der Anteil des Arbeiter an den Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung, der sichergestellt werden soll? Mit der Sicherstellung des Arbeiteranteils an sich dürften auch die entragtesten Verfechter der Unternehmerinteressen einverstanden sein, aber sie wollen diesen Anteil möglichst niedrig bemessen. Daraus resultiert der Gegensatz zwischen den Unternehmer- und Arbeiterinteressen. Sier

Dreißig Jahre Holzarbeiterorganisation in Offenbach.

In diesen Tagen konnten die Offenbacher Kollegen die Feier des 30 jährigen Bestehens ihrer Organisation begehen, ein Gedenktage, der in den letzten Jahren auch von einer Anzahl anderer Zahlstellen gefeiert werden konnte und in diesem Jahre und den nächsten wird sich die Zahl solcher Jubilare noch beträchtlich vermehren. Das Jubiläum der Offenbacher Zahlstelle verdient aber deswegen eine besondere Würdigung, weil die Offenbacher seinerzeit die ersten waren, die sich der Zentralisation angeschlossen, so daß die Zahlstelle Offenbach die älteste im Verband und seinen Vorläufern ist.

Das Jubiläum ruft die Erinnerung an die frühesten Zeit der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland wach. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte langsam die gewerkschaftliche Idee Wurzeln geschlagen, aber das Wachstum wurde erheblich gestört durch den ungeliebten Bruderkrieg zwischen den „Eisenachern“ und den „Kassalleanern“, ein Bruch, der von der politischen Arbeiterbewegung auch auf die gewerkschaftliche übertrug. Aus dem von Kassalleanern einberufenen Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß im September 1868 war auch die „Holzarbeitergewerkschaft“ hervorgegangen, die aber bald unter Führung ihres Vorsitzenden Theodor York zu den Eisenachern abwich. Auf Verreiben der Berliner Tischler, die auf die Kassalleische Richtung schwuren, wurde dann im Oktober 1872 eine konkurrierende Zentralorganisation, der „Allgemeine Tischler- (Schreiner-) Verein“ begründet und zwischen den beiden Verbänden kam es in vielen Orten zu häßlichen Streitigkeiten. Im Jahre 1875 wurde endlich die verbindende Brücke zwischen den Eisenachern und Kassalleanern geschlagen und demzufolge vereinigten sich auch auf einem Kongreß in Frankfurt a. M. im Juni 1876 die beiden feindlichen Bruderverbände der Holzarbeiter zum „Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen“. Die nunmehr hergestellte Einigkeit hätte zweifellos außerordentlich fruchtbar auf die weitere Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation gewirkt. Aber als nun die Arbeiter endlich aufhörten, sich gegenseitig zu zerfeinden, hielten die reaktionären Mächte ihre Zeit für gekommen, mit brutaler Faust in die Arbeiterbewegung einzugreifen.

Nachdem vorher schon die Organisationen auf alle erdenkliche Art von den Behörden schikaniert waren, mußten zwei unfinnige und verrückte Attentate gegen den Deutschen Kaiser, verübt von Leuten und aus Motiven, die mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun hatten, nun dazu herhalten, das schändliche Ausnahmesez zu beschließen. Am 21. Oktober 1878 trat das Sozialistengezetz in Kraft und damit war mit einem Schläge, wie allen übrigen Organisationen, so auch denen der Holzarbeiter das Lebenslicht ausgeblasen. Auch in Offenbach hatte sich eine Zahlstelle des Bundes gebildet, die nun natürlich ebenfalls einging.

Es folgte dann eine kurze Zeit, in der die Arbeiterschaft im Sinne eines lähmenden Entschens widerstandlos den eifrigsten Sturm brutaler Rechtswillkür und niederträchtiger Polizeigewalt über sich ergehen ließ. Schon der bloße Versuch, die alten Verbindungen fortzusetzen oder neue zu errichten, führte zu schwersten Strafen; die Polizei unterhielt ein ganzes Heer verächtlichen Denunziantengelichters, das bis in die intimsten Kreise in den Werkstätten und der Familie vordrang. Doch als der erste Schrecken des Ausnahmezustandes überwunden war, fanden die Gehegten dennoch Mittel und Wege, den Spürhunden der Behörden ein Schnippen zu schlagen. Schon Anfang der achtziger Jahre verfügte die politische Bewegung wieder über ein weitreichendes Netz illegaler Verbindungen im ganzen Reich und gleichzeitig wurde auch mit wechselndem Glück die Gründung gewerkschaftlicher lokaler Vereine versucht.

Der erste Fachverein der Tischler wurde am 9. Mai 1880 in Berlin aus der Taufe gehoben und im gleichen Jahre noch entstand ein zweiter in Stuttgart. Im nächsten Jahre folgten Magdeburg, Frankfurt am Main, Mainz, Altona, Gera, Nürnberg, Dresden und Elberfeld; 1882 wurden weitere Vereine in Koblenz und Köln und dann am 23. Mai dieses Jahres in Offenbach errichtet. Ende 1883 bestanden schon über 50 Vereine, und nun erhob sich gebieterisch die Forderung, diese zerstreuten Gemeinden in einer Zentrale zu vereinigen. Nach Reichsnachten 1883 fand in Mainz ein Kongreß statt, auf dem die Gründung des „Zentralverbandes der Vereine der Tischler“ beschlossen wurde. Am 29. Dezember 1883 hatte der Kongreß seine Arbeiten beendet und

schon am nächsten Tage hatte der Offenbacher Fachverein eine Versammlung, in der der Anschluß an den neuen Verband beschlossen und auch sofort dem in Stuttgart eingefügten Vorstande mitgeteilt wurde. Damit kamen die Offenbacher allen anderen Orten zuvor und sicherten sich damit den Ruhm für alle Zeiten, die älteste Zahlstelle in der Zentralorganisation zu sein. Dieser Umstand mag auch wohl mit Veranlassung gegeben haben, daß der erste Verbandstag im Jahre 1885 in Offenbach abgehalten wurde.

Durch drei Jahrzehnte hat nun die Offenbacher Organisation in Freud und Leid zusammengehalten. 18 Kollegen waren es, die sich zur Gründungsversammlung am 23. Mai 1882 zusammengefunden hatten; 8 Jahre dauerte es, bis das erste Hundert der Mitgliederzahl überschritten war und wiederum 8 Jahre, bis 1898 das zweite Hundert erreicht wurde. Schon das nächste Jahr steigerte die Mitgliederzahl auf 322, aber dann kam eine Zeit der Krise und des Rückganges, so daß 1905 erst wieder der alte Stand erreicht war. Das Jahr 1911 schloß für die Offenbacher Zahlstelle mit 508 Mitgliedern ab, und die dortigen Kollegen haben die feste Zuversicht, es noch in diesem Jahre auf über 600 zu bringen. Welche Dienste die Organisation den Offenbacher Kollegen in ihrem Ringen nach menschenwürdiger Existenz geleistet hat, geht aus einer kurzen Gegenüberstellung hervor: Nach der Statistik betrug die Arbeitszeit 1884 in der Woche 66 Stunden; 1911 nur noch 55 Stunden, der Durchschnittsverdienst 1884 15,60 Mk., 1911 aber 30,99 Mk.

Die Jubiläumsfeier in Offenbach am 6. und 7. Juli dieses Jahres bekam dadurch noch eine besondere Weihe, daß der Zahlstelle 11 Kollegen angehören, die nun schon 25 Jahre und darüber in der Organisation sind, und in dem Kollegen Gottfried Korneß hat sie gar ein Mitglied, das vor 30 Jahren schon tätigen Anteil an der Gründung nahm und seit jener Zeit ununterbrochen der Organisation die Treue gehalten hat. Mit berechtigtem Stolz dürfen diese alten Veteranen und Vorläufer auf ihre lange Organisationszugehörigkeit blicken. Und mit dem Gelübnis, ihnen nachzueifern, und im unerschütterlichen Glauben an die siegende Kraft der brüderlichen Gemeinschaft müssen die Jüngeren den Alten ihren Dank abstellen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremen:** haben, Bremerörde, Wurg bei Magdeburg (Zischfabrik A. G. Wolf, Herrn Manisch), Casfel (Hofschreinermeister Vogt), Crimmisschan (Zischfabrik Bschode), Dannenberg an der Elbe, Datteln in Weisfalen, Driesen a. N. (Biegler u. Comp.), Evingen (Berg u. Gern), Elmshorn (Nölln), Freiberg i. S. (Kratzsch u. Almann), Fürstenwalde an der Spree (System Bureauindustrie), Gera, Neuh Jüngere Linie (Schlessiger, Herrn Gareis), Göllich (Waggonfabrik), Harburg a. d. Elbe (Aug. Brien), Königberg i. Pr. (Goldbearbeitungsanstalt Wendig), Landsberg am Lech, Langensalza, Lauban (Kalkbrenner), Mehingen (Korb- und Kinderwagenfabrik Fr. Ruhn u. Söhne), Schleswig, Sensburg, Spandau (Behring), Spremberg (Kiefer), Stolz in Pommeren (Constantin Deder), Varel in Oldenburg (Joh. Wienken), Weinheim (Schaab), Wittenberg, Weitz Halle (Effeber), Wsch in Böhmen, Eger, Graz, Innsbruck, Ling a. Donau, Nesselndorf (Waggonfabrik).
- Modellistlern nach Düsseldorf-Vierenfeld:** (Stahlwerk Delling), Halle a. S., Hamburg, Hannover, Magdeburg.
- Slavermachern nach Brüssel.**
- Drechsler nach Wurg bei Magdeburg (Zischfabrik A. G. Wolf), Driesen a. N. (Biegler u. Comp.), Zirndorf bei Fürth i. B.**
- Polierern nach Wurg bei Magdeburg (Zischfabrik A. G. Wolf).**
- Partettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Partettgeschäfte, Uhlendstraße).**
- Stuhlmachern nach Brand (Erzgebirgische Holzindustrie N. G.).**
- Ristenmachern nach Bremen-Hemelingen (Schulze), Magnit i. Ostpr.**
- Stickerarbeitern nach Wald i. Rheinland.**
- Norbmachern nach Dresden-Madebeul (Peter u. Stegmann), der Schweiz.**
- Stellmachern nach Göllich (Waggonfabrik), Paris Brüssel (Carosille Parisienne).**
- Vergoldern, Grundierern, Verzieren und Farbiamachern nach Ober-Ursdorf bei Haida in Nordböhmen.**
- Sägerarbeitern nach Ebersberg i. Odenwald.**
- Schuhleistenarbeitern nach Eisenach (Vergner).**
- Stiefmachern nach Dortmund (Plassavarenfabrik, G. m. b. H.).**

ist durchaus nicht der sentimental Laune des Unternehmertums zu danken, welches sich, gerührt von der Anerkennung seiner speziellen Funktionen im Wirtschaftsprozess durch die Arbeiterorganisationen, zu Verhandlungen mit diesen herbeigelassen hat. Nur die Macht der Gewerkschaften, deren Fähigkeit und fester Wille, das zu erkämpfen, was das widerhaarige Unternehmertum ihnen vorenthält, hat dieses vertragsfreundlich gemacht. Noch gibt es ja Industriegruppen, deren Unternehmer den Abschluss von Tarifverträgen „prinzipiell“ ablehnen, aber dieses Prinzip bröckelt zusehends in dem Maße ab, als die Gewerkschaften in jenen Industrien erstarken.

Es ist begreiflich, daß das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, welches den Bericht herausgibt, bemüht ist, den Verrat der Christen beim Vergarbeitsstreik zu beschönigen. Zu dem Zweck wird u. a. auf das Programm der christlichen Gewerkschaften hingewiesen, wie es durch die Mainzer Leitsätze formuliert wurde. In diesen Leitsätzen heißt es: „Der Zustand darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden.“ Bei diesem Satz kommt es sehr auf den Ton an, in dem er gesprochen wird. Er kann je nachdem der Ausdruck gesunder gewerkschaftlicher Grundsätze, aber auch ein bequemer Deckmantel für den feigen Verrat sein. Einen absoluten Erfolg verheißenden Streik dürfte es in der Praxis wohl kaum geben. Wenn die Dinge so stehen, wird es der Unternehmer nicht erst zum Streik kommen lassen. Aber wenn bei einem aussichtsreichen Streik die Christen Streikbruch begehen, dann berufen sie sich auf ihren Programmsatz, der ihnen das Streiken verbietet, weil der volle Sieg nicht von vornherein garantiert war. Das ist für die Verübung des eigenen Gewissens recht bequem, es mahnt aber zur größten Vorsicht, wenn man auf die Christen als Kampfgenossen angewiesen ist.

Die Besprechung des Berichts schließt mit einem Aufruf zur Agitation. „Das Werbesystem“, so heißt es dort, „ist so ausgebaut, daß es Erfolge zeitigen muß.“ Dieser Satz erinnert an die intimen Beziehungen, die zwischen den christlichen Gewerkschaften und den polizeilichen Meldebureaus unter Vermittlung des katholischen Merus bestehen. Herr Königbauer aus München war so unvorsichtig, auf dem Verbandstag der katholischen Arbeitervereine zu Frankfurt a. M. über diese Dinge, soweit sie sein Wirkungsgebiet betreffen, zu plaudern, es ist aber anzunehmen, daß die christlichen Gewerkschaften auch in anderen Orten die Adressen der Zugezogenen von den polizeilichen Meldebureaus erhalten. Auf diese Tatsache stützt sich anscheinend die Bemerkung von dem Werbesystem, welches so ausgebaut ist, daß es Erfolge zeitigen muß. Dieser Unterstützung durch die Behörden und dem Merus danken die christlichen Gewerkschaften vorzüglich ihre Fortschritte, nicht etwa ihren Theorien, die den wahren Interessen der Arbeiter zuwiderlaufen und noch viel weniger ihrer Streikbruchpraxis.

Die Zahl der unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehenden Arbeiter in den rückständigen Gegenden ist noch groß. Deshalb kann die Zunahme der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht wundernehmen. Wir sind sogar überzeugt, daß dank der einflussreichen Zureicher, die im Interesse der Christen tätig sind, deren Zahl noch weiter wachsen wird. Aber die Aufklärungsarbeit, die wir leisten, die fortschreitende Emanzipation der Arbeiter von der geistlichen Vormundung schränkt das Rekrutierungsgebiet der Christen immer mehr ein. Ihre Räume wachsen nicht in den Himmel. Die christliche Gewerkschaftsbewegung dürfte von ihrem Höhepunkt nicht mehr weit entfernt sein. Das Verlangen des Papstes, daß sich die christlichen Gewerkschaften den Berliner Grundsätzen anpassen sollen, hat scharfen Widerspruch gefunden, der auch aus dem Bericht des Generalsekretariats deutlich hervortritt. Diese Kanonade kann jedoch darüber nicht täuschen, daß sich die M.-Gladsbacher dem prinzipiellen Streikbruchstandpunkt der Berliner immer mehr nähern. Je mehr sie die in dem Bericht niedergelegten Theorien in die Praxis übersehen, desto zuverlässiger graben sie sich ihr eigenes Grab.

Soziales.

Den organisierten Arbeitern zur Beachtung.

Vom Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission werden wir um die Veröffentlichung des nachstehenden Artikels ersucht, den wir auch unseren Kollegen dringend zur Beherzigung empfehlen möchten.

Seit Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Arbeiter in Berufsverbänden siegreich vorwärts geschritten. Ueber 2 1/2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den freien Gewerkschaften vereinigt. Trotz der Schwierigkeiten, die seitens der Unternehmer und deren Helfershelfer, des Staates und seiner Organe, den Arbeiterorganisationen bereitet worden sind, können diese von stetem Fortschritt der Bewegung berichten und wohl mit Sicherheit behaupten, daß alle Versuche, die Arbeiterorganisationen zu vernichten, niemals Erfolg haben werden. Die Ueberzeugung, daß die Berufskollegen sich zusammenschließen und einzig und geschlossen ihre Interessen dem vereinigten Unternehmertum gegenüber vertreten müssen, hat in den Reihen der intelligenten Arbeiter zu tief Wurzel gefaßt, um jemals wieder ausgerottet werden zu können. Selbst mit Gewalt wird dies nicht möglich sein.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Arbeiterinnen erst in so verhältnismäßig kleiner Zahl den Weg zur Organisation gefunden haben und trotz energischen Bestrebungen der Organisationen sich so schwer von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit ihren Berufskollegen und Kolleginnen überzeugen lassen.

Ganz besonders ist dies zu sagen von den Heimarbeiterinnen. Wer zählt die Hunderttausende, die im Hause mit Erwerbsarbeit beschäftigt sind, bei niedrigen Löhndpreisen, so daß die Arbeitszeit weit über das für Arbeiterinnen gewerblicher Betriebe gesetzlich festgelegte Maximum von 10 Stunden täglich ausgedehnt werden muß, sollen nur einigermaßen annehmbare Verdienste erzielt werden. Auch die amtliche Statistik kann die als Heimarbeiterinnen tätigen weiblichen Familienangehörigen nicht in vollem Umfange erfassen, da teilweise die Arbeit aus verschiedenen Gründen verschwiegen wird, dann aber auch, weil sich die Heimarbeiterinnen selbst nicht darüber klar werden können, ob sie hauptberuflich erwerbstätige Heimarbeiterinnen sind oder ob sie diese Arbeit als mit-helfende Familienangehörige oder als Nebenverdienst ausüben. Dadurch geben die amtlichen Zahlen über die als Heimarbeiterinnen in den einzelnen Berufen tätigen Personen keinen genauen Nachweis über die tatsächlich vorhandenen Erwerbsarbeiterinnen.

Jeder Kenner der Arbeitsverhältnisse weiß aber, daß in jedem Hause der Arbeiterviertel eine Anzahl Heimarbeiterinnen tätig sind. Sie sind unter anderem beschäftigt bei der Herstellung künstlicher Blumen, in der Buchfederbranche, der Lederindustrie, in der Textilbranche, der Tabakfabrikation, im Bekleidungs-gewerbe, und hier vor allen Dingen in der Kleider- und Wäscheindustrie.

In allen diesen Berufen sind aber auffallenderweise die allgemeinen Arbeitsbedingungen keine günstigen. Es ist dies auch kein Wunder, daß die Unternehmer nicht aus freien Stücken die Arbeitsbedingungen den Verhältnissen entsprechend gestalten und verbessern, braucht an dieser Stelle des näheren wohl nicht erörtert zu werden. Ueberall ist und war es die organisierte Arbeiterschaft, die Forderungen auf bessere Löhne oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen stellen und zur Durchführung bringen mußte. Heimarbeiterinnen aber sind fast ausschließlich noch immer unorganisiert. Wo diese nun einen erheblichen Teil der Berufsarbeit darstellen, liegt natürlich für die Unternehmer kein Grund vor, allzu schnell den Forderungen der organisierten Berufsarbeiter zu entsprechen. Sie stützen sich auf die große Zahl Heimarbeiterinnen, die eventuell zur Verfügung stehen, als einzelne arbeitend, ohne Zusammenhalt mit den übrigen Berufsarbeitern und ohne informiert zu sein über die Vorgänge im Beruf.

Die Heimarbeiterinnen also sind es, die zum großen Teil verhindern, daß in den Berufen mit erheblicher Heimararbeit die Berufskollegen vorwärts kommen. Hieran sollten die organisierten Arbeiter denken, in deren Familien Heimararbeit verrichtet wird. Wiederholt schon haben Gewerkschaftsversammlungen und Versammlungen den organisierten Arbeitern empfohlen, auf ihre in der Heimararbeit beschäftigten Frauen und Töchter einzuwirken und sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Bis jetzt aber immer ohne nennenswerten Erfolg. Gewiß gelingt es oft beim besten Willen selbst innerhalb der Familie nicht ohne weiteres und auch nicht immer, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Und auf Zwangsmittel verzichten auch die Organisationen gern, die Heimarbeiterinnen aufnehmen. Systematische Aufklärungsarbeit aber würde doch von wesentlichem Einfluß sein und ihre Wirkung nicht verfehlen.

In dieser Weise vorzugehen unterlassen aber häufig auch die Männer, die von dem Wert der Organisation für sich und ihre Kollegen voll und ganz überzeugt sind. „Es hat bei den Frauen doch keinen Zweck, die verstehen es doch nicht“, hört man oft die Männer sagen, und deshalb wird jeder ernstere Versuch unterlassen. Die organisierten Arbeiter vergessen aber ganz, wie langsam der Gedanke des Zusammengehörens auch bei ihnen Platz gegriffen hat und daß den Frauen viel weniger Gelegenheit gegeben ist, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens begreifen zu lernen und sich über die Vorkommnisse des täglichen Lebens zu unterrichten. Im Hause abgeschlossen lebend, von tausend kleinen Sorgen in Anspruch genommen, die aber doch imstande sind, den ganzen Menschen niederzudrücken, haben sich die Frauen ein gewisses Kleinliches Wesen angeeignet. Ihr Verkehr ist in der Hauptsache die Kinder oder andere Frauen der Arbeiterklasse. Und so finden sie selten Gelegenheit, mit Menschen zusammenzukommen, von denen sie anderes hören, als das, was sie selbst beschäftigt. Den Heimarbeiterinnen ist es auch ver-sagt, im Arbeitsprozess schon kennen zu lernen, was vereinte Kraft imstande ist zu bewirken. Ganz naturgemäß löst ein Handinhandarbeiten, ein Angewiesensein auf die Mithilfe der übrigen Beschäftigten bei der Arbeit, den Gedanken aus, daß vereinte Kräfte Schwierigkeiten überwinden können. Dies Zusammenarbeiten der Werkstattarbeiter hat wesentlich das siegreiche Vordringen der Organisationsgedanken in der Arbeiterklasse gefördert, wenn es auch dem einzelnen weniger zum Bewußtsein kommt.

Eins aber müßten die organisierten Arbeiter auch gelernt haben: Die Verhältnisse eines Berufs wirken auf die anderer Berufe zurück. Bei der starken Anteilnahme der weiblichen Erwerbstätigkeit bildet ferner auch die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit eine direkte Gefahr für die Arbeitsbedingungen aller Berufe.

Der Einfluß der Mutter auf die junge Arbeiterin ist in der Regel sehr stark. Ist jene aber von der Notwendigkeit der Organisation aller Erwerbenden überzeugt, wird sie selbstverständlich ihre Tochter nicht hindern, sich der Gewerkschaft ihres Berufes anzuschließen, was heute noch sehr oft vorkommt. Auch nach dieser Richtung hin wird (so Aufklärungsarbeit unter den Frauen gute Früchte tragen. Würde der Mann gelegentlich seinen weiblichen Familienangehörigen von den Erfolgen der Organisation erzählen, würde er ebenso Uebergriffe des Unternehmertums zur Kenntnis bringen und, anknüpfend an Vergänge, die imstande sind, das weibliche Empfinden geradezu aufzupeitschen, die Ursachen erläutern und Schutz-forderungen ziehen, dann dürfte es doch wohl nicht unmöglich, ja nicht einmal schwer sein, die Frau von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

Natürlich darf auch nicht verkannt werden, die Frau über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu unterrichten. Dies geschieht aber nicht, wenn ihr aus der Bei-

hat die Tätigkeit der Gewerkschaften einzusehen, deren Aufgabe es ist, den Arbeitern einen möglichst großen Anteil an dem Ertrage ihrer Arbeit zu sichern. Wenn es dem christlichen „Zentralblatt“ darum zu tun war, den Gegensatz zwischen den ultramontanen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu präzisieren, dann hätte es keinen geeigneteren Grundsat wählen können als diesen. Also die ultramontanen Gewerkschaften wollen den Anteil vom Ertrage der Arbeit, den die Unternehmer den Arbeitern überlassen, für diese nach Möglichkeit sichern. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften aber sagen, die Unternehmer bemessen diesen Anteil viel zu niedrig, wir müssen danach streben, uns den höchstmöglichen Anteil zu sichern. Nur das aber ist wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen.

Es handelt sich hier keineswegs um eine Wortklauberei, wie man vielleicht annehmen könnte. Das „Zentralblatt“ erläutert seinen Gedankengang, indem es schreibt:

„Der Unternehmer muß dadurch, daß er seine speziellen Funktionen im Wirtschaftsprozess von den Arbeiterorganisationen anerkannt sieht, gewissermaßen in die moralische Zwangslage zur Verständigung mit denselben gedrängt werden; das Interesse des Staats an der Arbeiterschaft als der weitaus stärksten Schicht der Erwerbstätigen ist dadurch sicherzustellen, daß die Arbeiterschaft dem Staate gibt, was des Staates ist.“

Das ist die unverfälschte Harmonielehre, die die Hirscher Dunderschen auf den Hund gebracht hat. Was zunächst den modernen Staat anlangt, so kümmert er sich den Teufel um jene Bevölkerungsklassen, deren Ideal es ist, Leidend zu dulden. Die Woll- und Fleischwüchser, die Schnapsjunker, die agrarischen und industriellen Scharfmacher, welchen Regierung und Gesetzgebung in verschwenderischer Fülle Liebesgaben in den Schoß werfen, sie denken gar nicht daran, in stummer Resignation dem Staat zu geben, was des Staates ist. Im Gegenteil, sie betrachten den Steuerbeitrag als ihr geheiligtes Reservatrecht und im übrigen ist ihr Grundsat: Schreien! Schreien, bis ihnen der Rader von Staat das Maul mit Liebesgaben stopft!

Und die Unternehmer? Sie lachen die Arbeiter aus, die sich einbilden, durch moralische Zwangsmittel auf sie einwirken zu können. Daß das Tarifvertragswesen in den letzten Jahren eine so große Ausdehnung erlangt hat,

lung nur die Geschichte und der lokale Teil übersassen wird. Hat die Frau kein Interesse oder keine Zeit, selber die Zeitung zu lesen, so muß der Mann versuchen, ihr über das, was er gelesen hat, kurz zu berichten. Hin und wieder wird sich bei gutem Willen hierzu schon Zeit finden. Der gute Wille aber muß eben vorhanden sein und die Einsicht, daß es nicht genügt, wenn der Mann organisiert ist und das viele Geld bezahlt. Es besteht doch in den Reihen der organisierten Arbeiter wohl kaum noch darüber Zweifel, daß dies Geld gut angelegt ist. Es gewährt die Sicherheit, gegen Hebergriffe des Unternehmens geschützt zu sein und einen Rückhalt zu haben, wenn Erwerbsunfähigkeit oder andere Ursachen die Verdienstmöglichkeiten beschränken.

Deshalb gehören die Berufsarbeiter — die männlichen wie die weiblichen — eben in die Organisation, die für ihr Gewerbe zuständig ist, ohne Rücksicht auf die Art ihrer Tätigkeit.

Dies sollten endlich auch die organisierten Arbeiter einsehen und mit aller Kraft dahin arbeiten, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftsversammlungen zur Durchführung kommen und die erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen, die als Heimarbeiterinnen unter traurigen Bedingungen zur Erhaltung der Familie beitragen müssen, den zuständigen Organisationen zugeführt werden.

Die Fleischpreise haben eine ganz ungewöhnliche Höhe erreicht und es besteht alle Aussicht, daß sie noch weiter steigen. Nach den amtlichen Preislisten der Statistischen Korrespondenz haben die Nettoisten der Kaufmannschaft von Berlin eine Zusammenstellung gemacht, die sich auf die Kleinhändlerpreise in 51 preussischen Städten für den Monat Mai der Jahre 1909 bis 1912 erstreckt. Hiernach zeigen die Preise für das Kilogramm in Pfennigen folgende Veränderungen:

	Schweinefleisch	Mindfleisch	Rathfleisch	Hammelfleisch
1909	158,0	154,8	175,7	168,5
1910	160,0	155,9	177,0	170,2
1911	147,2	165,5	188,8	177,8
1912	159,9	176,8	196,8	185,1

In einer Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten bezeichnen die Nettoisten der Kaufmannschaft von Berlin die wirtschaftspolitische Gesetzgebung als eine Ursache der hohen Fleischpreise. Solange nicht die Zölle für Futtermittel, namentlich für Mais, abgeschafft oder stark ermäßigt werden, und dadurch ihr Import erleichtert wird, heißt es in der Eingabe, werden wir dauernd mit hohen Fleischpreisen zu rechnen haben. Die Hoffnung, daß die preussische Regierung vernünftigen Ratsschlagen Gehör schenkt, ist bei den Vertretern des Berliner Handels sehr gering; sie beschränken sich deshalb darauf, um eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Transport von Vieh und von frischem Fleisch zu bitten. Zur Begründung dieser Bitte wird auf die großen Unterschiede in den Fleischpreisen verschiedener Landesteile hingewiesen. So kostete in der zweiten Hälfte des Monats Mai im Durchschnitt ein Kilo Minderfleisch in Memel 144 Pf., in Wilhelmshaven aber 203 Pf. Für Rastfleisch wurde in Memel 132 Pf., in Magdeburg 232 Pf. gezahlt. Hammelfleisch kostete gleichzeitig in Emden 138 Pf. und in Kottbus 216 Pf. — Der Vorschlag der Nettoisten der Kaufmannschaft wäre zweifellos geeignet, einige Erleichterung zu schaffen, aber gerade deshalb ist es sehr zweifelhaft, ob ihm die Regierung Folge leisten wird.

Die „Volkfürsorge“ rückt ihrer Verwirklichung näher. Bekanntlich handelt es sich hierbei um ein Unternehmen, welches bestimmt ist, die sogenannte Volksversicherung, aus welcher die privaten Lebensversicherungsgesellschaften auf Kosten der kleinen Leute riesige Profite ziehen, auf eine gesunde volkswirtschaftliche Grundlage zu stellen. Die „Volkfürsorge“ wird als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark ins Leben treten. Dieses Kapital wird je zur Hälfte von den Genossenschaften und den Genossenschaften aufgebracht. Voraussichtlich wird die Volkfürsorge ihre Wirksamkeit mit dem 1. Januar 1913 beginnen.

Zurzeit werden die leitenden Beamten der „Volkfürsorge“ gesucht, und zwar je ein Mann für den Aufbau der inneren und der äußeren Organisation. Es wird nur auf erste Kräfte reflektiert, die Offerten mit Gehaltsangabe an das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg, Weidenbinderhof 52, zu richten haben.

Die Invalidenthauspflege der Landesversicherungsanstalten ist eine noch wenig bekannte Einrichtung. Schon im § 25 des bisher geltenden Invalidentversicherungsgesetzes und analog dem im nunmehrigen § 127 der Reichsversicherungsordnung, ist den Landesversicherungsanstalten das Recht gegeben, durch ihre Satzung zu bestimmen, daß Invalidentrentner auf ihren Antrag an Stelle der Rente eine Anwartschaft in Invalidenthäusern oder ähnlichen Anstalten gemacht werden kann. Abgesehen von gesundheitlichen Vorzügen, die ihre Begründung im engen Zusammenwohnen der Arbeiterbevölkerung finden, dürfte sich diese Invalidenthauspflege in vielen Fällen schon infolge der Unzulänglichkeit der sonstigen Rente als zweckmäßig erweisen. Es handelt sich dabei natürlich in der Hauptsache um diejenigen Invalidenten, für die ein Heilverfahren nicht mehr in Frage kommt. Der Eintritt in ein solches Invalidenthaus ist ein freiwilliger, verpflichtet aber jeweils auf ein Vierteljahr.

Von den 31 Invalidentversicherungsanstalten haben bisher nur 7, nämlich Cyprien, Berlin, Brandenburg, Unterfranken und Hochtaunus, Baden, Mecklenburg und Elsaß-Lothringen von diesem Rechte des § 127 keinen Gebrauch gemacht. Von den gleichberechtigten 10 Eisenbahn-, Seehafen- und Knappschäftsbahnen haben dagegen nur 4, und zwar in wenig umfangreichem Maße Invalidenthauspflege gewährt. Nach den in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1911 erstatteten Bericht betrafen 11 Anstalten zusammen 17 eigene oder gemietete Invalidenthäuser, während insgesamt 404 fremde Pflegeanstalten mißbenutzt wurden. Insgesamt befanden sich 2744 männliche und 1153 weibliche Rentempfänger in Anstaltspflege. Hieron entfielen allein 806 männliche und 304 weibliche auf Invalidentität infolge von

Lungen tuberkulose. Die Kosten, die den Landesversicherungsanstalten nach Einzug der Rentensummen noch entstanden, sind pro Pflegeanstalt recht unterschiedlich. Sie betragen zwischen 0,27 und 3,40 Mk., im Gesamtdurchschnitt dagegen nur etwa 0,2 Pf. Die Zahl der insgesamt von der Invalidenthauspflege erfassten Rentempfänger ist allerdings noch eine recht niedere. Durch einen sachgemäßen Ausbau dieser Einrichtung und Befreiung der Verpflegten von allen Kleinlichen Bevormundungen könnte besonders den vielen alleinstehenden Invalidentrentnern ein etwas sorgloserer Lebensabend bei zweckmäßiger Pflege geboten werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Stenbal wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Losalbeitrages von 15 Pf. erteilt, so daß der Gesamtbeitrag ab 1. August 75 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 20. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

In bezug auf den Hebertritt ausländischer Mitglieder in unseren Verband geben uns wiederholte unliebsame Vorgänge in jüngster Zeit Veranlassung, von neuem darauf hinzuweisen, daß die Ausstellung des neuen Mitgliedsbuches nicht in den Zahlstellen erfolgen darf. Die Lokalverwaltungen haben vielmehr die ausländischen Mitgliedsbücher zur Umschreibung an die Hauptkasse einzusenden. Diese Umschreibung erübrigt sich auch nicht, wenn der Kollege etwa ein Buch aus seiner früheren deutschen Mitgliedschaft bereits in Händen hat. In diesem Falle müssen beide Bücher zum Zwecke der Eintragung eingeschickt werden. Der Hebertritt in unsern Verband ist innerhalb 6 Wochen nach Eintritt der Arbeit in Deutschland zu bewirken.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 111337 Meinh. Wilhelm, Tischl., geb. 13. 5. 59 zu Krossen.
- 159224 Isidor Schid, Tischl., geb. 11. 1. 60 zu Schweidnitz.
- 237053 Johann Bierenge, Tischl., geb. 12. 4. 80 zu Herford.
- 399800 Chr. Epple, Tischl., geb. 20. 3. 92 zu Großbreitlingen.
- 478959 Johanna Ludwig, Weistiftarb., geb. 9. 2. 82 zu Kulmain.
- 492233 M. Winter, Tischl., geb. 21. 1. 87 zu Ob.-Sornheim.
- 499239 Csw. Thiene, Drechsl., geb. 27. 5. 84 zu Nischberg.
- 508840 Ernst Wende, Polier., geb. 17. 6. 91 zu Wartenburg.
- 590849 Frz. Bumiller, Tischl., geb. 9. 11. 78 zu Schelllingen.
- 605100 Ant. Büßinger, Tischl., geb. 15. 5. 71 zu Lechhausen.
- 613862 Johann Franz, Tischl., geb. 13. 3. 89 zu Glatten.
- 619182 Richard Forster, Holzarb., geb. 4. 2. 91 zu Komolau.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Glück bei Waldkirch i. B. Als vor ungefähr zwei Jahren die Möbelfabrik Eber Ringwald Söhne in Konkurs geraten war und damals die dort Beschäftigten um ihren Lohn klagten mußten, erklärte Herr Ringwald, daß er niemand mehr von den Arbeitern einstellen werde, die ihm zum Verhängnis geworden sind. Heute, nachdem der Betrieb wieder im Gange und unter der Firma Inh. Frau Adolf Ringwald aufrechterhalten wird, ist der Herr froh, wenn die früheren Arbeiter wieder zu ihm kommen. Ja, er hat sich sogar brieflich an einige gemandt, sie könnten wieder unter besseren Bedingungen als früher bei ihm anfangen. Aber leider muß man wieder dieselben Erfahrungen machen. Vor einigen Wochen legten zwei Kollegen die Arbeit nieder und als sie ihr Stehgehalt verlangten, erklärte Herr Ringwald rundweg, er habe ihnen nichts einbehalten. Da ein Gewerbegeiz nicht vorhanden ist, haben es die beiden Kollegen vorgezogen, den Ort zu verlassen. Kurz vorher ist es einem Kollegen gerade so gegangen, auch hier hat man Herrn Ringwald erst aufmerksam machen müssen, daß er nicht berechtigt ist, dem Kollegen den Lohn einzubehalten. Zur näheren Charakterisierung des Herrn Ringwald sei noch bemerkt, daß, wenn Zahltag ist, der Herr es immer so einrichtet, daß er bereit ist und die Arbeiter gezungelt sind, bis spät in die Nacht hinaus zu warten oder am Sonntag auf das Bureau zu gehen, wenn sie nicht ohne Geld sein wollen. Auch das Akkordsystem ist hier vorherrschend und wird dazu noch grünes Holz verarbeitet, so daß ein Kollege viermal verheimen mußte, ehe das betreffende Stück Arbeit im Leim blieb. Das dabei nicht viel verdient werden kann, wird jedem einleuchten, deshalb sind auch Löhne von 3 Mk. keine Seltenheit. Dasselbe trifft auch bei den anderen Meistern zu, wird doch noch 12—14 Stunden gearbeitet, um auf den Lohn von 3—3,50 Mk. zu kommen. Schuld an den schlechten Verhältnissen sind die Elzacher Holzarbeiter selbst, würden sie sich dem Verbandsamt anschließen statt einander zu bekämpfen, um sich beim Meister in ein gutes Licht zu stellen, dann wären sie auch imstande, ihre Lage zu verbessern.

Kirchheim u. Led. In der hiesigen Möbelfabrik Epple u. Ege gab es in letzter Zeit Venderungen. Der Betrieb ging an Herrn Schildknecht über. Die Firma lautet nun Schildknecht u. Co. Der frühere Teilhaber der Firma Epple u. Ege, Herr Emil Bär, erbaut jetzt in der Nähe eine Möbelfabrik, wo 150 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Dieser Betrieb soll bis 1. Oktober eröffnet werden. In dem Betrieb von Schildknecht u. Co. wurden am letzten Samstag der Betriebsleiter Moos und der erste Geschäftsführer Emil Gönninger ohne Kündigung entlassen. Herr Schildknecht hat seinem Fabrikansatz gegenüber erklärt, daß seine zwei ersten Beamten kein Vertrauen mißbraucht hätten, und deshalb hätte er sie sofort entlassen müssen. Die beiden sollen, während er bei Schildknecht beschäftigt waren, für Herrn Bär den Bauplatz gekauft haben, auf dem die Fabrik erstellt wird. Der organisierten Arbeiterschaft bereitet es eine gewisse Genugtuung, daß es diesen beiden Herren auch einmal so gegangen ist, wie sie es schon

mit vielen Arbeitern gemacht haben, welche unter ihrer Herrschaft standen. Bemerkenswert ist, daß nach der Entlassung der beiden in der ganzen Fabrik die Türschloßer abgenommen und durch neue ersetzt wurden. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Kollegen vor dem Schreiner Ferdinand Schmid, Schweizer Mitgliedsbuch Nr. 29 632, warnen, der sich beim hiesigen Kassierer Geld erschwindelt hat. Die Mitteilung seiner Adresse wäre uns erwünscht.

Liebau i. Schl. Die Firma Waldbem. Gesse, Möbelfabrik, sucht in verschiedenen Provinzblättern, auch in Oesterreich, fortgesetzt Arbeitskräfte. Es herrscht aber hier sehr schlechter Geschäftsgang und wird fast nur auf Vorrat gearbeitet. Sind die Kollegen, die auf Annoncen hierher kommen, schon enttäuscht durch die niedrigen Löhne, die ihnen hier geboten werden, so noch mehr, indem sie oft auch gar nicht eingestellt werden, da tatsächlich ein Bedarf an Arbeitskräften nicht vorhanden ist. Soweit wirklich welche eingestellt werden, werden sie nur als Lohnbrüder gegen die ansässigen Kollegen benutzt und auch ältere Arbeiter dafür entlassen. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse erucht, die Reise nach hier nicht zu unternehmen, ohne sich vergewissert zu haben, ob überhaupt und unter welchen Bedingungen sie hier bei Gesse in Arbeit treten können. Dasselbe gilt auch für die hiesige Drahtbündelfabrik, welche den auf die Annoncen hereingefallenen Sägern, Maschinenarbeitern und Plagarbeitern Stundenlöhne von 23 Pf. anbietet. Wen gelüftet es nach diesem Eldorado?

Magdeburg. In einer zahlreich besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 6. Juli gab Kollege Mees den Bericht vom Verbandsstag. Der Beschluß, die Leistungsfähigkeit der Zahlstellen nach den gezahlten Losalbeiträgen einzuschätzen, rief lebhaften Unwillen hervor, der sich in Zwischenrufen bemerkbar machte. Kollege Mees schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß, obwohl uns die Beschlüsse des Verbandstages nicht gefallen, doch für die Durchführung derselben Sorge getragen werden möge. In der nunmehr folgenden Diskussion wurden von fast allen Rednern recht kräftige Worte gebraucht. Man kann es nicht verstehen, daß die hiesige Zahlstelle, die durch den zwanzigwöchigen Streik vom Jahre 1909 sich 15 000 Mk. Schulden aufgebürdet hat und zur Rückzahlung des Darlehens und Ansammlung eines Losalfonds schon frühzeitig den hohen Losalbeitrag zur Einführung brachte, nun wegen dieser Opferwilligkeit, wozu der Verdienst in Magdeburg in gar keinem Verhältnis steht, geradezu bestraft werden soll durch Abführung von 8 Pf. an die Hauptkasse. Auch die Magdeburger Kollegen sind gern bereit, die Hauptkasse zu stärken, auch sie wissen, was der Kampf im Jahre 1905 und 1909 der Hauptkasse gekostet hat, aber mit einer solchen ungeraden Venerierung der Zahlstellen können sie sich nicht einverstanden erklären. Die Ausführungen der Diskussionsredner verdrängten sich zu einem Antrage, der auf Umwegen bezweckte, die Beschlüsse des Verbandstages nicht anzuerkennen. Nach heftiger Debatte wurde dieser Antrag mit nur kleiner Majorität abgelehnt, dagegen wurde einem anderen Antrag zugestimmt, innerhalb 4 Wochen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die sich mit dieser Angelegenheit, ebenso mit dem Beschluß des Verbandstages über die Erhöhung der Beamtengehälter, wovon Magdeburg auch betroffen wird, zu befassen hat.

Tauscha. In der Monatsversammlung am 20. Juni spielte die Verschmelzung unserer Zahlstelle mit Leipzig eine erhebliche Rolle. Auf eine Anfrage wurde mitgeteilt, daß die Lokalverwaltung auf dem Standpunkt stehe, daß es jedem Kollegen, der in Leipzig beschäftigt ist, überlassen bleiben müsse, sich der Leipziger Zahlstelle anzuschließen. Ein Zwang nach dieser Richtung könne jedoch nicht ausgeübt werden. Falls der Verbandsstag einen dainzielenden Beschluß fasse, werde die Zahlstelle Tauscha einer Verschmelzung mit Leipzig seinen Widerstand entgegenzusetzen. Einmütig beschlossen wurde, ab 1. Juli pro Beitrag 60 Pf. an die Hauptkasse abzuführen. Schließlich wurde das Verhalten der Kollegen in der Möbelfabrik Georg Dieke kritisiert, da dort der Vertrag nicht respektiert wird, insofern, als neue Anfänger an den Maschinen in Akkord arbeiten müssen, was aber strikte abzulehnen ist.

Waldkirch. Im vergangenen Frühjahr wurde eine Lohnbewegung in zwei Werkfabriken durchgeführt, wobei auch ganz annehmbare Erfolge erreicht wurden. Die Hoffnung, daß nun die Unorganisierten die Lehre daraus ziehen und sich der Organisation anschließen würden, hat sich aber nicht erfüllt. Es gibt noch Arbeitskollegen genug, die sich um die Organisation herumdrücken, angeblich, um die „hohen“ Beiträge zu sparen. Ebenso mußte man die traurige Erfahrung machen, daß einige bereits organisierte Kollegen, nachdem die Lohnbewegung beendet und eine Lohnhöhung eingetreten war, der Organisation wieder den Rücken kehrten. Kollegen! Das muß anders werden. Wollen wir das bisher Erreichte festhalten und dazu neue Erfolge erringen, dann bedarf es einer festen und starken Organisation. Es muß auch hier mal an eine Verkürzung der Arbeitszeit gedacht werden, wird doch noch 10 Stunden und länger gearbeitet, während in dem neuen Freiburg 9 und 9½ Stunden bei ganz anderen Löhnen geschafft wird. Auch die Mitgliederversammlungen müssen in Zukunft besser besucht werden.

Würzburg. In der am 6. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung erbatete der Kollege Hans Reich den Bericht vom Verbandsstag in Berlin. Ueber denselben entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde von der Versammlung zunächst sehr bedauert, daß man die Sterbetafel ohne weitere Bedenken von der Bildfläche verschwinden ließ. Wenn auf den engen Raum, der zur Verfügung steht, hingewiesen wurde, so ist die Versammlung der Meinung, daß man die Sterbetafel trotz allem hätte noch veröffentlicht formen. Es werden des älteren Berichtes eingeleitet, die besser unterbleiben würden, als daß dieselben den kostbaren Raum hinwegnehmen. Des weiteren wurde die Beitragserhöhung resp. die obligatorische Beitragsabführung, je nach der Höhe des Losalbeitrages, als sehr ungerecht anerkannt. Die Zahlstellen waren bestrebt, einen kleinen Kampffonds anzufammeln, um den Mitgliedern bei Streiks, Arbeitslosigkeit und Krankheit etwas unter die Arme greifen zu können. Der Verbandsstag hat mit diesem unglücklichen Be-

schluß die mittleren Zahlstellen sehr hart getroffen und wird dadurch die Opferfreudigkeit keineswegs gestärkt. An den Beschäftigten läßt sich nichts ändern, jedoch die Folgen werden unaussprechlich sein. Ueber die Regelung der Arbeitszeit im Holzgewerbe ist man mit der Haltung des Hauptvorstandes einverstanden. Ebenso wurde den übrigen Beschäftigten zugestimmt.

Unsere Lohnbewegung.

In Burg bei Magdeburg dauert der Streik in der Tischfabrik von A. G. Wolf unverändert fort. Der Inhaber gibt sich fortgesetzt, im Verein mit seinen Agenten, die größte Mühe, Arbeitswillige heranzuschleppen. In mehreren Fällen ist es den Herren gelungen, Leute nach hier zu transportieren. Leider waren sogar Verbandskollegen darunter, und ohnehin es uns gelungen ist, wieder Arbeitswillige zur Abreise zu bewegen, ist es doch tief bedauerlich, wenn sich Verbandskollegen so wenig um die Vorgänge unter den Mitgliedern kümmern. Da die Arbeitswilligen fast ausnahmslos aus Berlin kommen, müssen die dortigen Kollegen besonders vorzüglich gegenüber den Agenten sein und jede Arbeitsvermittlung nach Burg ablehnen. Burg ist nach wie vor strengstens zu meiden.

In Dannenberg a. Elbe dauert der Streik bei der Firma W. Ordas fort. Die Streikenden sind zum großen Teil abgereist, selbst die verheirateten Kollegen ziehen es vor, Dannenberg den Rücken zu kehren, und sich anderweitig Arbeit zu suchen. Die reisenden Kollegen, und vor allem die Unterstützungszahler möchten wir doch dringend darum bitten, den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

In Datteln bei Medlinghausen befinden sich die in den Schreinerbetrieben beschäftigten Kollegen seit dem 8. Juli im Streik. Die Arbeitgeber haben uns auf die mäßig gehaltenen Forderungen einer Antwort nicht gewürdigt, so daß ein anderes Mittel als die Arbeitseinstellung nicht übrigblieb. Man wolle Datteln mit Zugang verschonen.

In Deutsch-Lissa gelang es zum erstenmal einen Tarifvertrag, laufend bis 1. April 1916, mit recht erfreulichen Resultat zum Abschluß zu bringen. Besondere Schwierigkeiten galt es bezüglich der Arbeitszeitverkürzung zu überwinden, da die in Betracht kommenden Betriebe Baugeschäfte sind, und für die Bauarbeiter noch die 60 stündige Arbeitszeit für die Woche maßgebend ist. Es ist aber trotzdem möglich gewesen, dieselbe für die Tischler von 60 auf 58 Stunden zu verkürzen, und für die Maschinenarbeiter, die auch für die Zimmerer die Arbeit mit auszuführen haben, von 60 auf 58 1/2 Stunden. Der Durchschnittslohn ist für Tischler und Maschinenarbeiter für sofort auf 40 Pf. und ab 1. Juli 1914 auf 52 Pf. pro Stunde festgesetzt worden. Die bestehenden Stundenlöhne werden sofort erhöht um 1 Pf. und 1914 um 3 Pf. Für Akkordarbeit gilt der Breslauer Tarif, der gegenüber den bisher bezahlten Preisen eine Aufbesserung von mindestens 12 Proz. bedeutet.

In Eisenach befinden sich 103 Kollegen der Schußleistenfabrik „Vergnerwerke“ seit dem 24. Juni im Streik. Dank einer fleißigen Agitation ist es gelungen, die Kollegen fast vollständig der Organisation zuzuführen, so daß an eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gedacht werden konnte. Es wurde ein Akkordtarif ausgearbeitet, über welchen mit Herrn Vergner verhandelt wurde. Dieser lehnte aber bald jede Fortsetzung der Verhandlung ab, so daß zur Arbeitseinstellung geschritten werden mußte. Jetzt bemüht sich der Fabrikant durch weitgehende Angebote Streikbrecher heranzuziehen. Um die notwendigen Arbeiten zu bewältigen, müssen sich nicht nur Buchhalter, Meister, Betriebsleiter, Vorarbeiter, Kontrollisten und Modelleure als Arbeitswillige betätigen, auch Herr Vergner selbst legt Hand an. Nicht auffällig macht sich auch der in Eisenach allseitig bekannte Betriebsleiter Schramm bemerkbar, welcher mit dem Revolver in der Hand sich vor das Fabriktor stellt und die Streikenden provozieren möchte. Aber auch das Mittel versagt. Die streikenden Kollegen wissen was sie zu tun und zu lassen haben und stehen einmütig zusammen, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Jeden Zugang bitten wir streng fernzuhalten.

In Gießen stehen unsere Kollegen vor dem Ausbruch eines Streiks. Auf die eingereichten Forderungen haben die Arbeitgeber fast gar keine Zugeständnisse gemacht und lehnten jetzt in brüsker Weise jedes weitere Verhandeln ab. Infolgedessen sahen sich die Kollegen genötigt, die Kündigung einzureichen, und sie werden, wenn bis Ablauf derselben keine Einigung erzielt wird, die Arbeit einstellen. Wenn irgendwo, dann sind in Gießen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbesserungsbedürftig: sechzigstündige Arbeitszeit und Löhne von 36 bis 40 Pf. pro Stunde für tüchtige Arbeiter. Solche Verhältnisse wollen und können die Arbeiter nicht mehr länger ertragen. Trotzdem gibt es hier noch Arbeitgeber, welche nur Hohn übrig haben für die berechtigten Forderungen der Arbeiter. Kollegen, haltet nach Kräften den Zugang fern, dann werden sich die Arbeitgeber bequemen müssen, annehmbare Zugeständnisse zu machen.

In Göttingen dauert der Streik der Waggonfabrik, in Firma: Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale, schon die 15. Woche, ohne daß ein Ende abzusehen ist. In recht sonderbarer Weise zeigt sich bei diesem Streik außer Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, dessen Mitglieder uns bei allen Bewegungen nicht oft genug auf die schlechten Arbeitsverhältnisse der Waggonfabrik hinweisen konnten, mit der gleichzeitigen Aufforderung an uns, doch dort erst einmal bessernd einzugreifen. Nun wie diesem oft an uns gestellten Verlangen entsprechen, ist es aber wieder der Arbeitgeberverband, der gegen uns auf den Kampfplatz tritt, und seine Mitglieder in Nummer 25 seiner Fachzeitung auffordert, keine Arbeiter aus der Waggonfabrik einzustellen. Wir konstatieren also: Der Arbeitgeberverband erkennt an, daß die Arbeitsverhältnisse schlecht sind und verlangt von uns, für Besserung derselben zu sorgen, tun wir aber dieses, dann bekämpft er uns. Das ist zwar nichts Neues, wenn in vielen anderen Fällen hat es der Schlichter schon ebenso gemacht. Wenn wir diesen Fall hier anführen, so geschieht es nur zu dem Zweck, um solche Dop-

pelmoral tiefer zu hängen. Die Haltung der streikenden Kollegen kann damit nicht im geringsten beeinflusst werden. Sie sind bereit, jederzeit den Frieden zu schließen wenn ihren gerechten Forderungen Rechnung getragen wird, im andern Falle aber auch entschlossen weiter zu kämpfen. Zugang ist fernzuhalten!

In Großbothen sind die Kollegen der Firma Winkler u. Spreer (Fab. Franz Spreer), Sägewerk und Kistenfabrik, in den Streik getreten. Der Grund hierzu ist, daß die Firma die eingereichten Forderungen abgelehnt hat, welche eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden, sowie eine Lohnzulage von 7 Pf. während eines 3 jährigen Vertrages vorsehen. Bisher beträgt die Arbeitszeit 60 Stunden pro Woche. Stundenlöhne werden gezahlt von 28 bis 45 Pf., letztere erhalten nur 1 Mann, so daß die Forderungen jedenfalls berechtigt sind. Wohl hatte sich die Firma bereit erklärt, einem Teil der Arbeiter eine Zulage zu bewilligen, jedoch lehnte sie alle übrigen Forderungen ab, vor allen Dingen jede Arbeitszeitverkürzung. Daß darauf die Kollegen nicht eingehen konnten, ist selbstverständlich. Die Firma sucht nun überall Arbeitskräfte, und ersuchen wir deshalb den Zugang von Sägerei- und Maschinenarbeitern sowie Kistenfabrikern nach Großbothen streng fernzuhalten.

Wer einen Einfluß auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen ausüben will, muß Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. :: :: :: :: :: :: ::

In Hannover, Halle und Magdeburg ist nunmehr die Aussperrung in der Metallindustrie beendet. Dieser Kampf, an welchem auch Holzarbeiter in erheblicher Zahl beteiligt waren, nahm seinen Ausgang von Hannover, wo um die Mitte April der Streik um die Verkürzung der Arbeitszeit begann. Die Forderungen der Arbeiter wurden schließlich dahin präzisiert, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pf. gefordert wurde. Um die streikenden Arbeiter in Hannover müde zu bekommen, wandten die Metallindustriellen das bei ihnen so beliebte Mittel der Aussperrung für ein weiteres Gebiet an. So wurden denn auch in Hannover auch in Magdeburg und Halle je 60 Proz. der in den Betrieben der Metallindustriellen beschäftigten Arbeiter ausgesperrt. In einem Teil der Betriebe wurde hierauf auch der Rest der Arbeiter herausgezogen. Auf diese Weise war der Deutsche Holzarbeiterverband in Hannover mit etwa 350, in Magdeburg mit über 200 und in Halle mit etwa 120 Modell- und Fabriktschletern am Kampf beteiligt. Nachdem die Unternehmer die 67stündige Arbeitszeit, die am 1. Juli 1913 auf 58 1/2 Stunden verkürzt werden soll, und 3 Pf. Lohnhöhung pro Stunde zugestanden, und die Metallarbeiter in Hannover diese Bedingungen akzeptiert hatten, wurde die Aussperrung am 12. Juli aufgehoben. Die Wiederaufnahme der Arbeit scheint jedoch nicht überall glatt vonstatten zu gehen. So wird uns aus Halle geschrieben: Die Firma Dehne hat es sich vorbehalten, ihre Leute nur wieder truppweise einzustellen, so daß für die kommende Woche noch eine Anzahl Kollegen ausgesperrt sind. Bei der Firma Wegelein u. Kühner haben die Kollegen Bedingungen an die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt. Sie verlangen eine Lohnhöhung von 6 Pf. pro Stunde. Die Lohnverhältnisse bei dieser Firma sind, an den Löhnen der anderen Großbetriebe am Orte gemessen, noch sehr schlechte zu nennen. Eine Kommission, die der Direktion die Forderungen der Kollegen überbrachte, wurde glattweg abgewiesen. Infolgedessen werden am Montag, den 15. Juli, die bisher noch im Betriebe verbliebenen, nicht ausgesperrten Kollegen die Arbeit ebenfalls nicht wieder aufnehmen. Da mit einem längeren Kampfe zu rechnen ist, und außerdem von anderen Betrieben ebenfalls noch Kollegen ausgesperrt sind, ersuchen wir um strenge Fernhaltung des Zuganges von Modell- und Fabriktschletern.

In Hattlingen a. d. Ruhr wurden den Schreinermeistern Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 Stunden, mit einer entsprechenden Lohnhöhung unterbreitet. Eine Antwort darauf ging seitens der Arbeitgeber nicht ein, so daß wohl mit der Ergreifung von ernstlichen Maßnahmen gerechnet werden muß. Wir bitten die Kollegen im Ruhrgebiet, ein wachsames Auge auf die Vorgänge in Hattlingen halten zu wollen.

In Hörde bei Dortmund reichten die in den Schreinerbetrieben beschäftigten Kollegen Forderungen ein auf Beschaffung eines tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Während in dem nahegelegenen Dortmund die 67stündige Arbeitszeit schon seit Jahren eingeführt ist, wird in Hörde noch teilweise bis zu 10 Stunden täglich gearbeitet. Die Kollegen werden sich die Bewegung nicht wieder, wie vor 2 Jahren, von den Arbeitgebern verzeiheln lassen. Da die Arbeitgeber auf die Forderungen nicht geantwortet hatten, wurde die Kündigung fast einheitlich in sämtlichen Werkstätten eingereicht. Zugang nach Hörde ist fernzuhalten.

In Lippstadt wurde nunmehr, nachdem im vorigen Jahre die Kollegen auf einen fertiggestellten, von einer Innungsversammlung aber wieder zerstückelten Vertrag verzichtet hatten, ein endgültiger Vertrag mit den Schreinermeistern abgeschlossen, der den Kollegen wesentlich bessere Vorteile bringt, als der vorjährige vorschlag. Der vierjährige Vertrag bringt eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 Stunden die Woche und eine Lohnsteigerung um 8 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn steigert sich von 40 auf 48 Pf. die Stunde. Die Zuschläge für Ueberzeitarbeit und bei Montagearbeiten sowie die sonstigen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen fanden eine die Kollegen befriedigende tarifliche Lösung.

In Magnit i. Ostpr. befinden sich die Kollegen der Schäl- und Kistenfabrik von Brünning u. Sohn wie schon berichtet, im Streik. Alle Versuche der Organisationsleitung, durch Verhandlungen den Streit beizulegen, waren erfolglos. Auf die Akkordpreise, die in einzelnen Abteilungen sehr gering sind, wollte die Firma in drei Jahren absolut keine Erhöhung eintreten lassen. Wie niedrig die Akkordpreise sind, erhellt die Tatsache, daß zum übergroßen Teil ein Stundenlohn von 30 Pf. verdient wurde. Die Tagelohnarbeiter wurden bisher mit einem Stundenlohn von 26 bis 27 Pf. abgesperrt. Die Firma, die ihren Hauptsitz in Langendiebach b. Danau hat, verteilte im vorigen Geschäftsjahr nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 10 Proz. Es wird also nicht gesagt werden können, daß sie aus finanziellen Gründen keine Lohnhöhung gewähren könnte. Die Verhältnisse in Magnit sind sehr teuer. Bei den oben angeführten Löhnen müssen Mietpreise von 200 Mk. für eine einzimmerige Wohnung gezahlt werden. Entsprechend hoch sind auch die Lebensmittelpreise. Ueber 100 Kollegen gehen im Streik. Nachdem in der vorigen Woche 30 Arbeitswillige, die unter Vorpiegelung falscher Tatsachen aus Posen herangeschleppt waren, wieder nach ihrer Heimat zurückgeschickt sind, kamen diese Woche als Ersatz andere 30 Mann aus Hamburg. Aber was für Gestalten. Zerlumpt und verlaust, hielten sie ihren Einzug. Am Bahnhof waren neben dem außerordentlich großen Aufgebot von Polizisten und Gendarmen auch der Bürgermeister und der Landrat in höchst-eigener Person zum Empfang der Streikbrecher erschienen. Wenn diese heruntergekommene Gesellschaft uns auch nicht schaden kann, so bitten wir doch, den Zugang fernzuhalten.

In Meißenhäusern (Speßart) befinden sich unsere Kollegen in der Möbelfabrik von Brand u. Co. seit einigen Wochen im Ausstande. Der mit der Firma vor zwei Jahren abgeschlossene Tarifvertrag war von unserer Seite zum 1. Juni gekündigt worden. Verhandlungen über den von uns neu eingereichten Tarifvertrag lehnte die Firma grundsätzlich ab, und so blieb der unternommene Schritt nur übrig. Die Firma droht jetzt mit der Schließung des Betriebes. Angesichts der schon mehrfach ausgesprochenen gleichen Drohung verliert dieselbe vollständig ihre Wirkung. Zugang ist fernzuhalten.

In Remscheid kam mit den dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Schreinermeistern nach langwierigen Verhandlungen ein vierjähriger Tarifvertrag zustande. Der Vertrag bringt zwei Dritteln der am Orte existierenden Werkstätten mit noch zehnstündiger täglicher Arbeitszeit sofort die 67stündige Arbeitszeit. Im Jahre 1914 erfolgt eine weitere Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Woche in sämtlichen Betrieben. Der Stundenlohn erfährt eine Steigerung von 6 bis 7 Pf., der Durchschnittslohn steigt von 61 auf 67 Pf. die Stunde. Für Ueberzeitarbeit erfolgt ein Zuschlag von 10 Pf., für Nachtarbeit ein solcher von 25 Pf. und für Sonntagsarbeit ein solcher von 80 Pf. die Stunde. Bei Montagearbeiten mit Uebernachten erfolgt ein Zuschlag von 2,50 Mark pro Tag. Alle übrigen das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen fanden gleichfalls eine tarifliche Regelung.

In Wesel kam nach mehrwöchigem Streik ein auf der Grundlage des Vertragsmusters für das rheinisch-westfälische Industriegebiet aufgebauter vierjähriger Vertrag mit den Schreinermeistern zum Abschluß. Der Vertrag bringt eine Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 58 Stunden pro Woche und eine Gesamtlöhnerhöhung von 7 Pf. die Stunde. Der Durchschnittslohn steigt von 44 auf 51 Pf. Alle übrigen tariflichen Bestimmungen wurden mit wenigen Abweichungen, wie im Vertragsmuster vorgesehen, anerkannt.

In Wörth a. M. und Amorbach ist die Lohnbewegung für die in beiden Holzwarenfabriken der Firma Casar Fuchs u. Cie. beschäftigten Kollegen mit gutem Erfolg beendet. Die Firma zeigte bei der ersten Verhandlung wenig Geneigtheit, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen, insbesondere suchte der Direktor den Herrn Fuchs abzuhalten, Zugeständnisse zu machen. Dieser Herr Direktor gebärdete sich demnach bei den Verhandlungen, daß eine Fortführung unmöglich war. Erst nachdem er ins Bad gegangen war und seitens der Arbeiter die Kündigung erfolgte, kam bei der zweiten Verhandlung mit der Firma eine Einigung und der Abschluß eines vierjährigen Vertrages zustande. Die Kollegen erhalten 4 Pf. Lohnhöhung pro Stunde und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Für Ueberstunden werden 25 Proz. und für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag gezahlt. Als Mindestlöhne wurden festgelegt für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 18 Pf., von 18 bis 20 Jahren 22 Pf., über 20 Jahre für Maschinenarbeiter 20 Pf., für Hilfsarbeiter 28 Pf. pro Stunde. Diese Mindestlöhne steigen den nächstjährigen Lohnzulagen entsprechend. Mit diesem Vertrag sind die ersten tariflichen Abmachungen in der Holzindustrie des Odenwaldes zustande gekommen. Es gilt nun für die Kollegen der anderen Holzindustriestorte, alles daranzusetzen, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in gleicher Weise geregelt werden.

Aus der Holzindustrie.

Der 29. Deutsche Tischlerstag.

wie die Generalversammlung des Bundes deutscher Tischlerinnungen offiziell genannt wird, fand am 1. Juli in Kiel statt. Aus der ziemlich reichhaltigen Tagesordnung ist erdähnenswert der Bericht, den Obermeister Mahardt über die im Reichsamt des Innern abgehaltene Konferenz gab, die sich mit der Frage „Fabrik und Handwerk“ und der Aufhebung des § 100a der Gewerbeordnung beschäftigt hat. Die diesjährige Konferenz fand im Gegensatz zu der vorjährigen im engen Rahmen statt. Die Anerkennung, daß es auch im Handwerk Großbetriebe gebe, die dann natürlich auch innungsspflichtig sind, bedeutet einen Erfolg für die Innungsmänner. Die Erklärung der preussischen Regierung, daß sie bereit sei, in die Aufhebung des § 100a der Gewerbeordnung zu willigen, der den Zwangsinnungen verbietet, ihren Mitgliedern in der Festlegung der Preis-

oder in der Annahme von Stunden Beschränkungen aufzu-
erlegen, kam den Innungsvertretern überraschend. Die
Aufhebung des § 100g, die von den fanatischen Zünftlern
energisch gefordert wird, hat nämlich für die Handwerker
auch recht ernste Schattenseiten. Sie baten deshalb um Ab-
setzung dieser Frage, zu der nun erst auf dem bevorstehen-
den Handwerkskammertag Stellung genommen werden soll.

Die Stellungnahme zum Submissionswesen
hat nichts Bemerkenswertes. Bei dem von Jaroski-Berlin
erstatteten Referat über die Wirkung der Gewerbe-
aufsicht und der daranschließenden Diskussion wurden
hauptsächlich die Unzulänglichkeiten besprochen, die sich für
manche Tischlermeister aus dem Verbot der Benutzung von
Keller- und Bodenträumen ergeben haben. Ist doch einzel-
nen Meistern polizeilich verboten worden, in ihren Holz-
lagerkellern zuzuschneiden. Noch einschneidender ist eine,
dem gesunden Menschenverstande unsäglich Auslegung des
Geräuschparagrafen. In einem Fall in Osnabrück, der mit
Recht großes Aufsehen erregt hat, wurde vom Oberlandes-
gericht ein Urteil gefällt, welches in seiner Wirkung einem
Verbot des Gewerbebetriebes für den betroffenen Tisch-
lermeister gleichkommt. Und das lediglich deshalb, weil sich
ein böswilliger Nachbar durch das Geräusch der Tischlerei
beschwert fühlte. Soweit die Innungen sich bemühen, der-
artigen Auswüchsen der Verwaltung und Rechtsprechung
entgegenzuwirken, können auch wir ihnen Erfolg wünschen.
Sollte das Streben der Innungen aber weiter gehen und
auch auf eine Beschränkung der Tätigkeit der Gewerbe-
inspektoren gerichtet sein, dann müßten wir uns allerdings
mit aller Energie dagegen wenden.

Die Besprechung des Berichtes der Verkaufs-
genossenschafts-Kommission, den Direktor Kort-
haus vom Hauptverband der gewerblichen Genossenschaften
gab, endete mit dem einstimmig gefaßten Beschluß, den
Bundesinnungen zu empfehlen, der Gründung von Ver-
kaufsgenossenschaften näherzutreten.

Nachdem sich der Tischlertag für eineerspiltet-
rung der Krankenkassen erklärt hatte durch den
Beschluß, die Innungskrankenkassen zu erhalten und neue
zu gründen, beschäftigte er sich mit dem so beliebten Thema
des Streikbrecherstrafes. Eigentlich hat dieser
Gegenstand nicht auf der Tagesordnung gestanden, aber
der Vorstand hatte die Behandlung des Punktes beschlossen,
nachdem sich der nunmehrige Reichstagsabgeordnete a. D.
Pauli aus Potsdam erboten hatte, das Referat zu
übernehmen. Seinen Ausführungen legte er die Denk-
schrift des Hansabundes über den Streikbrecherstraf
zugrunde, von der er zum Schluß meinte, daß sie ihn nicht
vollständig befriedige, da man mit den Vorschlägen des
Hansabundes nichts rechtes anfangen könne. Nichtsdesto-
weniger empfahl er, diese Vorschläge dem Reichstag und
Bundesrat als Material zu überweisen. Eine kräftige
Paule gegen den Boykott und das Streikpostenstehen, die
er in jeder Form bestraft wissen will, hielt dann noch Herr
Nahardt; auch der Kasseler Obermeister Pfeil tutele
in dasselbe Horn. Dann wurde beschlossen, den Entwurf
des Hansabundes zum Schutze der Arbeitswilligen dem
Bundesrat als Material zu überweisen, mit der Maßgabe,
daß das Streikpostenstehen und das Boykottieren einzelner
und einzelner Gewerbebezweige gesetzlich verboten und unter
Strafe gestellt wird.

Damit war der wesentlichste Teil der Tagesordnung
erschöpft. Ueber den Massenbericht und den Haushaltungs-
plan für das nächste Jahr macht der offizielle Bericht in
der „Fachzeitung“ keine Mitteilung, jedoch ist anderen Be-
richtern zu entnehmen, daß der Innungsbund im letzten
Jahre, einschließlich des Vortrages, 10 728 Mk. eingenom-
men und 5945 Mk. ausgegeben hat. Der Voranschlag für
das nächste Jahr schließt in Einnahme und Ausgabe mit
4650 Mk. ab.

Im Anschluß an den Tischlertag machten 42 Teil-
nehmer desselben, unter Führung des Herrn Nahardt, einen
Ausflug nach Kopenhagen zur Begrüßung der dortigen
Tischlermeister. Nach dem Bericht, den Herr Nahardt über
diesen Ausflug gibt, war es eine sehr fidele Reise, mit
welcher aber durchaus ernste Zwecke verbunden wurden.
Herr Nahardt spricht von der Kopenhagener Betanstellung
als von dem ersten deutsch-dänischen Tischler-
tag. Sein Bericht liegt noch nicht vollständig vor, in dem
bis hier in der „Fachzeitung“ abgedruckten Teil wird in der
Wahrscheinlichkeit die Begrüßungsansprache wiedergegeben,
welche der Vorsitzende des dänischen Tischlermeisterver-
eins, Viktor Henriksen, an seine deutschen Gäste
richtete, und die Antwort, die Herr Nahardt erteilte. Nach
den Angaben des Herrn Henriksen müssen die dänischen
Unternehmer eine recht gut ausgebaute Organisation be-
sitzen und gegenüber den Arbeitern bereits große Erfolge
errungen haben. Ob alle diese Mitteilungen den Tatsachen
entsprechen, ist allerdings fraglich, es scheint uns, als habe
der gute Herr Henriksen in seiner Festesfreude den deut-
schen Freunden reichlich Ausschüttel jerviert.

Herr Nahardt machte in seiner Antwort Andeutungen
über eine bevorstehende intimere Verbindung der deutschen
mit der dänischen Unternehmerorganisation. Man will zu-
nächst einen schriftlichen Meinungsaustausch pflegen, dann
sollen die dänischen Organisationsvertreter nach Berlin
geladen werden, um hier ein festes Vertragsver-
hältnis abzuschließen.

Herr Nahardt stellt in Aussicht, den Schluß seines
Berichtes in der nächsten Nummer der „Fachzeitung“ zu
geben. Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß er über die
Beziehungen der deutschen Unternehmer zu ihren auslan-
dischen Kollegen nähere Mitteilungen machen wird, aber
die Tatsache, daß solche Beziehungen nicht nur zu den

dänischen, sondern auch zu den österreichischen und schwei-
zerischen Unternehmerverbänden bestehen und weiter aus-
gebaut werden, muß für sich schon ein Ansporn sein, den
Aufbau unseres deutschen Holzarbeiterverbandes keinen
Augenblick zu vernachlässigen.

Die Lauterberger Stuhlindustrie befindet sich in einer
ersten Krise. Schon wiederholt waren unsere miserabel
entlohnerten Kollegen in Lauterberg a. Harz gezwungen, lang-
wierige Kämpfe um eine Besserung ihrer Lage zu führen.
Diese Kämpfe richteten sich gegen die dort domizilierenden
8 Stuhl- und Möbelfabriken, die sich im Jahre 1908 vereinigten und die
Stuhl- und Möbelfabrik „Germania“ gründeten. Ob-
wohl die „Germania“ sich fleißig im Lohndruck betätigte,
konnte sie doch auf keinen guten Erfolg kommen. Die
Regie war zu teuer. Die Produktion wurde in den vor-
her selbständigen Fabriken weitergeführt, deren Vorbe-
reiter als Direktoren und Betriebsleiter von der „Ger-
mania“ übernommen worden waren. Die Stillsetzung
eines Betriebes konnte die Lage der Gesellschaft nicht ver-
bessern und durch die Errichtung des zurzeit noch un-
vollendeten Neubaus, in welchem die Fabrikation konzen-
triert werden soll, vermehren sich die Schwierigkeiten der
Aktiengesellschaft. Im Herbst vorigen Jahres mußte die
Direktion den Aktionären die Mitteilung machen, daß mehr
als die Hälfte des eine Million betragenden Aktienkapitals
verloren ist. Gegenwärtig macht die Direktion der „Ger-
mania“, an deren Spitze der Fabrikant Renschke steht, ver-
zweifelte Anstrengungen, um das vor dem Bankrott
stehende Unternehmen zu säulieren. Mit einigen Banken
ist ein Abkommen getroffen, nach dem diese einen Teil der
erforderlichen Mittel aufbringen, um das Unternehmen
flott zu bekommen. Voraussetzung hierfür ist aber eine
starke finanzielle Beteiligung der Gemeinde Lauter-
berg. Anfangs sollte diese sich mit 300 000 Mk. an dem
Unternehmen beteiligen. Das wurde von den Bürger-
vertretern abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte auch ein
anderer Antrag, in welchem die angeforderte Summe auf
250 000 Mk. ermäßigt war. Der Einfluß des Landrats,
der sich sehr lebhaft für die mangelnde „Germania“ inter-
essiert, reichte nicht aus, das Mißtrauen der Bürgervor-
steher von Lauterberg zu überwinden. Wie stark das Geld-
bedürfnis der „Germania“ ist, kann man daraus ermessen,
daß sogar die Arbeiter angegangen wurden, für längere
Zeit 5 Proz. ihrer Löhne in Anteilen der „Germania“ an-
zulegen. Bei den Mitteln, mit welchen auf die Bürger-
vorsteher eingewirkt wird, um sie von der Sicherheit des
geforderten Darlehens zu überzeugen, spielen die billigen
Arbeitslöhne eine gewisse Rolle. Daneben wird ihnen
natürlich der Nachteil in den schwärzesten Farben geschil-
dert, welcher der Gemeinde erwachsen würde, wenn die
Fabrik liquidieren müßte, wobei die ortsansässigen Ar-
beiter um ihre Arbeitsgelegenheit kämen. Aber selbst wenn
die Sanierung gelingt, muß mit einer Verminderung des
Arbeiterstandes gerechnet werden, da der Fabrikneubau
für eine weit kleinere Zahl von Arbeitern berechnet ist, als
zurzeit in Lauterberg beschäftigt werden.

Einen Einblick in die bei der „Germania“ üblichen
Lohnverhältnisse gibt ein Auszug aus den amt-
lichen Listen der Holzberufsgenossenschaft, welcher von der
Direktion in der Lokalpresse veröffentlicht wird. Hiernach
verdienen:

6 Arbeiter	über 1501 Mk.
12 „	von 1351 bis 1500 „
28 „	1201 „ 1350 „
69 „	1051 „ 1200 „
85 „	901 „ 1050 „
98 „	801 „ 900 „
167 „	unter 800 „

Von diesen letzteren verdienen die meisten von 775 bis
800 Mk. Der Rest sind angeblich Invaliden- und Alters-
rentenempfänger sowie Lehrlinge. Werkführer und kauf-
männisches Personal sind in dieser Aufstellung nicht be-
rücksichtigt.

Nach anderweitigen offiziellen Angaben beschäftigt die
„Germania“ durchschnittlich 600 bis 700 Arbeiter, die vor-
stehenden Lohnnachweisungen beziehen sich aber nur auf
465 Arbeiter. Demnach müßte der Betrieb eine ganz
außerordentlich hohe Zahl von Invaliden- und Alters-
rentenempfängern beschäftigen. Ob das wohl zutrifft?
Zuverlässig ist die Angabe der Fabrikleitung, daß
mehr als zwei Drittel der Arbeiter noch nicht 900 Mk. im
Jahre verdient, und mehr als die Hälfte kommt noch nicht
einmal auf 800 Mk. Auf die hohen Arbeiterlöhne läßt
sich also der wacklige Stand der „Germania“ ganz gewiß
nicht zurückführen.

Die Versuche, die Bürgervorsteher von Lauterberg
dennoch breitzuschlagen, sind noch nicht aufgegeben; diese
werden sich noch einmal mit der Geldausforderung für die
„Germania“ zu beschäftigen haben. Begreiflicherweise
sehen die Lauterberger Kollegen der Entwicklung der
Dinge mit großer Spannung entgegen. Denn letzten Endes
werden sie es sein, die die Kosten einer verheerenden kapita-
listischen Spekulation zu tragen haben würden.

Ueber die Organisation der Bautischler in Frankreich
bringt das Bulletin der Internationalen Union der Holz-
arbeiter einen Artikel aus der Feder des Kollegen Mon-
linier in Paris. Denselben entnehmen wir, daß die Bau-
tischler mit den Maurern, Malern und Zimmerern eine
gemeinsame Organisation der Bauarbeiter bilden. Ur-
sprünglich hatten die vier Berufe besondere Verbände,
die in den Jahren 1900 und 1901 gegründet wurden. Auf
dem im April 1907 in Paris abgehaltenen Kongreß dieser
Gewerkschaften, die allerdings zusammen nur über 8000
Mitglieder verfügten, erfolgte die Verschmelzung zum
„Landesverband der Arbeiter des Baugewerbes in Frank-
reich und den Kolonien“. Am 1. August 1907 wurde der
Zusammenschluß der Maurer, Zimmerer und Bautischler
vollzogen und 180 Ortsvereine bewirkten ihren Anschluß.
Der Verband der Maler hatte sich dem Zusammenschluß
widersetzt, doch haben sich dessen Mitglieder allmählich dem
Bauarbeiterverband angeschlossen. Die Zentralfunktion der
Verbände ist bekanntlich in Frankreich bei weitem nicht so
irreführend durchgeführt, wie in Deutschland, und so haben auch
die einzelnen Berufe je besondere örtliche Organisationen,
die ihre Geschäfte selbständig erledigen, nur die Zentral-

stelle ist gemeinsam. In manchen Orten sind aber auch die
Arbeiter aller vier Berufe in einer einheitlichen Organi-
sation. Das Zusammengehörigkeitsgefühl wird gefördert
durch einheitliche Mitgliedskarten.

Ueber Arbeitszeit und Löhne der Bautischler und
Zimmerer in den wichtigsten Städten Frankreichs unter-
richtet die folgende Uebersicht:

Stadt	Departement	Stunden- lohn Frös.	Dauer der Arbeitszeit	
			Sommer Stunden pro Tag	Winter
Zimmerer:				
Paris	Seine	1,—	10	8
Noubaig	Nord	0,55	11	8
Nouen	Seine-Inf.	0,60	11	8
Le Mans	Sarthe	0,50	11	8
Nennes	Ile et Vilaine	0,52	11	8
St. Malo	Ile et Vilaine	0,55	10	9
Nantes	Loire-Inf.	0,55	10	8
Vorbeaug	Gironde	0,62	10	9
Marzeille	V. du Rhône	0,60	10	10
Lyon	Rhône	0,75	10	8
Rocheport	Charante-Inf.	0,50	10	9
Nizza	Alpes Marit.	0,70	10	8
Clermond	Puy-de-Dôme	0,55	11	9
Brest	Finistère	0,50	10	9
Bautischler:				
Paris	Seine	0,85	10	8
Noubaig	Nord	0,55	11	10
Nouen	Seine-Inf.	0,55	11	11
Le Mans	Sarthe	0,50	11	10
Nennes	Ile et Vilaine	0,50	11	10
St. Malo	Ile et Vilaine	0,45	10	9
Nantes	Loire-Inf.	0,50	11	8
Vorbeaug	Gironde	0,60	10	10
Marzeille	V. du Rhône	0,60	10	10
Lyon	Rhône	0,70	10	10
Rocheport	Charante-Inf.	0,40	10	8
Nizza	Alpes Marit.	0,50	10	8
Clermond	Puy-de-Dôme	0,58	11	10
Brest	Finistère	0,55	10	9

Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Arbeits-
bedingungen unserer Kollegen in Frankreich keineswegs be-
sonders glänzend sind; insbesondere fällt die verhältnis-
mäßig lange Arbeitszeit auf. Gestagt wird über den Un-
fug des Zwischenmeisterwesens, welches sich besonders auf
den Bauten, wo im Auford gearbeitet wird, breit macht.
In den Werkstätten ist dieses System infolge der Aus-
breitung der Maschinenarbeit so ziemlich verdrängt. Der
Bericht erwähnt verschiedene Kämpfe, welche die Zimmerer
und Bautischler geführt haben und rühmt das Erstarken
des Solidaritätsgefühls unter den Mitgliedern des Bau-
arbeiterverbandes. Hoffentlich gelingt es die Organisation
so zu kräftigen, daß sie imstande ist, eine gründliche Bess-
erung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

Gewerkschaftliches.

Die „Wirtschaftsfriedlichen“.

Die Gelben haben sich in der Zeit vom 29. Juni bis
1. Juli in Essen ein Stelldicklein gegeben. Es gibt bekannt-
lich verschiedene Sorten Gelbe. Die einen nennen sich
Werkvereine und beschränken sich auf je ein großes Indu-
striewerk, dessen Inhaber sich der organisierten Streik-
brechergesellschaft mit großer Liebe annimmt. Der gleiche
Geist der Anhänglichkeit wie die Mitglieder der gelben Werk-
vereine bejeelt aber auch die Angehörigen der Vaterländischen
Arbeitervereine. Gemeinsam firmieren diese Schwarzroter-
pflanzgen jetzt als „Wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiter-
bewegung“. Die gelben Vereine sind meist direkt oder in-
direkt von den Unternehmern ins Leben gerufen worden
und werden von ihnen ausgehalten. Das Geld, welches das
Unternehmertum zur Richtung der Gelben aufwendet,
macht sie reichlich bezahlt. Die Gelben, wenigstens ins-
oweit als sie sich freiwillig dieser Gesellschaft anschließen,
sind Streikbrecher aus Prinzip. Aus niedrigem Egoismus
lassen sie sich für den Verrat der Arbeiterinteressen be-
zahlen und bilden so bis zu einem gewissen Grade eine
Schutzwehr für die Betriebsinhaber gegen die Belästigung
durch Streiks.

Daß solche Sumpfpflanzen von den Behörden gern ge-
sehen werden, ist bei den Verhältnissen in Deutschland selbst-
verständlich. Die elementarsten Chregriffe werden ja hier,
sobald es sich um ihre Anwendung auf die Arbeiter handelt,
in ihr Gegenteil verkehrt. Selbstlosigkeit, Solidarität,
Schutz des einzelnen durch die Gesamtheit usw., Eigen-
schaften, die von den Angehörigen aller anderer Gesell-
schaftsklassen ihren Klassenangehörigen gegenüber als selbst-
verständlich verlangt werden, gelten, wenn sie von den
Arbeitern betätigt werden, als Zeichen einer unbotmäßigen
Gesinnung und unsere Klassengesetzgebung bedroht sie sogar
mit Strafen. Zur Sklavenmoral möchte man die Arbeiter er-
ziehen, und den elchhaften Schwarzrötern, die in widerlicher
Selbstsucht sich diesen Erziehungsakten gefügig erweisen,
bringt man lebhaftes Interesse entgegen. Die Spitzen der
Staats- und Gemeindebehörden haben sich auch in Essen be-
müht, den Gelben ihr Wohlwollen zu beweisen. Die „wirt-
schaftsfriedlichen“ Streikbrecher werden sich darüber sehr
gestreut haben. Arbeiter aber, die auf Ehre halten, werden
jedoch, schon aus Kleinlichkeitsrücksichten, um so nachdrücklicher
von dieser Kumpanei abrüden.

Was die Gelben in Essen geredet und beschlossen haben,
ist für die deutsche Arbeiterbewegung ziemlich gleichgültig.
Daß sie für ein Zuchthausgefes schwärmen, ist erklärlich.
Der Bund der Werkvereine will im letzten Jahre rund
30 000 Mitglieder gewonnen haben und jetzt 85 000 Mit-
glieder zählen. Die „Wirtschaftsfriedlichen“ insgesamt
geben ihre Mitgliederzahl auf etwa 150 000 an. Bei der
weitgehenden Förderung, deren sich die gelben Sumpfp-

pflanzen durch einflussreiche Gönner erfreuen, ist dieses Wachstum nicht gerade überwältigend. Geplant wird die Gründung einer Bundeskassensatzung, für welche aber ein Gründungsfonds von 50 000 Mk. angeschafft werden muß. Es wurde beschlossen, die Arbeitgeber um dieses Geld anzusuchen. Die „Opferwilligkeit“ der gelben Bundesbrüder ergibt sich aus dem Kassenausschluß. Die Gesamteinnahmen der Bundeskasse betragen im letzten Jahre 5088 Mk., die Ausgaben 4133 Mk. Einen besoldeten Sekretär wollen die Gelben nicht anstellen. Sie haben das auch nicht nötig, da ihre Geschäfte in den Bureaus der Werke erledigt werden.

Die bürgerliche Presse hat von der gelben Tagung ein großes Wesen gemacht. Die Unternehmerorgane sind voller Freude über die „machtvollen“ Kundgebung der Gelben, auf welche sie große Hoffnungen setzen. Das ist ein frommer Selbstbetrug. Professor Brentano hat kürzlich die Streikbrecher dahin charakterisiert, daß sie in erster Linie aus solchen Leuten bestehen, „die, jeden Ehrgefühls für die Interessen und die Ehre ihres Standes bar, lediglich ihre momentanen persönlichen Vorteile verfolgen“. Das sind auch die Triebkräfte, denen die gelben Vereine ihren freiwilligen Zugang verdanken. Außerdem kommen auch noch Arbeiter zu ihnen, die mit innerem Widerstreben dem auf sie ausgeübten Druck folgen, der besonders in Krisenzeiten stark hervortritt. Gewiß gibt es in den Arbeiterkreisen eine Anzahl Leute, die jeden Ehrgefühls für die Interessen und die Ehre ihres Standes bar sind. Aber deren Menge ist verhältnismäßig so gering, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß es die Gelben jemals zu einer wirklichen Bedeutung bringen können, wenn sich auch die Unternehmer und die Behörden noch so sehr mühen, sie aufzupäppeln.

Ein Verbandstag der Brauerei- und Mälzearbeiter fand vom 11. bis 15. Juni in Mannheim statt. Im Vorstandsbericht konnte die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß der Verband gegenwärtig bereits eine Mitgliederzahl von 50 000 erreicht hat. Die im Jahre 1910 durchgeführte Verschmelzung hat sich durchaus bewährt. Ueber die den Verband gehörige „Gesellschaftsbrauerei in Augsburg“ und über die „Nichtlinien für Wohnbewegungen“ wurde in geschlossener Sitzung verhandelt. Bei der Statutenberatung wurde jede Aenderung der Beiträge wie der Unterstützungsbedingungen abgelehnt. Dagegen soll der Vorstand eine Vorlage über die Neuregelung dieser Materien drei Monate vor Stattfinden des nächsten Verbandstages zur Diskussion stellen. Bezüglich der Unterstützung anderer Verbände bei Streiks wurde beschlossen, daß bei einem etwaigen Wegfall der bisherigen Sammellisten die von der Generalkommission ausgeschriebene Millage von den Mitgliedern durch Extrabeiträge aufzubringen, also nicht aus den regulären Verbandseinnahmen zu decken ist. Der Arbeitsnachweisfrage soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Die beantragte Errichtung eines Ferienheimes wurde nach längerer Besprechung abgelehnt, da man davon größere Kosten befürchtet. Die Aufrollung dieser Frage erklärt sich dadurch, daß die Mehrzahl der Brauereiarbeiter im Genusse von Ferien steht. Dem Verbandsorgan wird der Auftrag erteilt, auch über die Entwicklung der Technik des Gewerbes eingehend zu unterrichten. Ein Antrag, sämtliche Verbandsangestellten bezüglich Urlaub und allgemeiner Anstellungsbedingungen gleichzustellen, fand Annahme. Der Vorstand wurde schließlich noch beauftragt, eine Geschichte des Verbandes herauszugeben.

Der Textilarbeiterverband konnte auf seinem vom 17. bis 22. Juni in Stuttgart abgehaltenen Verbandstage eine erfreuliche Erstkennung der Organisation konstatieren. Die weiblichen Mitglieder haben die Zahl von 50 000 überschritten. Allerdings erfordern gerade diese Mitglieder, wie im Vorstandsbericht besonders betont wurde, weit höhere Aufwendungen für Arbeitslose und Kranke als die männlichen. Die Diskussion über die gegenwärtigen Rechenschaftsberichte brachte u. a. auch eine Auseinandersetzung zwischen Vorstand und Redaktion, welche letztere ihre Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit in der Stellungnahme zu gewerkschaftlichen und zu den politischen Tagesfragen gewahrt wissen wollte. Eine Beschlußfassung in dieser Sache erfolgte nicht. Dem Vorstand wurde ein Antrag, eine fachtechnische Monatsbeilage zum Verbandsorgan zu schaffen, zur Ausführung überwiesen. Anträge auf Verhinderung der Unterhändler, Veranstaltung von Lichtbildvorträgen, Illustrierung der Flugblätter soll der Vorstand berücksichtigen. Beschlossen wurde, für die einzelnen Gauen besondere Tarifkommissionen zu schaffen, die der Vorbereitung der Tarifbewegungen dienen sollen. Die Frage, ob es sich empfiehlt, eine besondere Beitragsklasse einzurichten für Mitglieder, die infolge Alter oder Invalidität dauernd erwerbsunfähig sind, soll der Vorstand prüfen. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 50 Pf. erhöht. Aufgehoben wurde die Beitragsklasse für Jugendliche (10 Pf.). Diese zahlen jetzt in der 20 Pf.-Klasse. Streikunterstützung soll künftig vom ersten, statt bisher dritten, Tage abgezahlt werden. In der Frage des „freien Sonnabendnachmittages“ stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, die eine dadurch zu erzielende Verkürzung der Arbeitszeit der Textilarbeiter als einen erheblichen Fortschritt bezeichnet, es aber als unzulässig erklärt, diese Freigabe mit einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zu erkaufen. Die Forderung selbst soll immer wieder erhoben werden. Aus einem Referat über den internationalen Textilarbeiterkongress interessiert die Tatsache, daß die Herausgabe eines internationalen Mitgliedsbuches bevorsteht. Zum nächsten Gewerkschaftskongress soll beantragt werden, die Bestimmungen über die Mindestzahl der Mitglieder, auf die ein Delegierter entfällt, zu ändern, sowie ferner, die Kompetenz der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbände festzusetzen.

Der Verband der Land- und Waldbarbeiter hat sich in den wenigen Jahren seines Bestehens in recht erfreulicher Weise entwickelt. Von 9534 Mitgliedern am Schluß des Jahres 1910 ist er auf 15 696 zu Ende 1911 angewachsen. Bei seiner Jugend bedarf der Verband notwendigerweise noch vielerorts der Mithilfe älterer Gewerkschaften, doch

vermag der Vorstand bereits jetzt zu berichten, daß von den bestehenden 580 Ortsgruppen annähernd 500 unter eigener Verwaltung der Landarbeiter stehen. Der Verband erzielte 1911 an reinen Einnahmen 98 741 Mk., die Ausgaben erforderten 67 009 Mk., er verfügt jetzt über ein Vermögen von 16 089 Mk. Die Monatsbeiträge betragen je nach der Klasse 30, 60 oder 80 Pf. Die wichtigsten Unterstüßungszweige erfassen Krankheit, Maßregelung und Rechtschutz.

Technisches.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ hat in seinem Bestreben, den einzelnen Branchen der Holzbearbeitung möglichst gerecht zu werden, in dem jetzt vorliegenden Juliheft das Arbeitsgebiet der Modellischlerei in Angriff genommen. Der Verfasser jener Abhandlung, ein bekannter Fachmann, erörtert zunächst die Verwendung der Modelle, um dann später deren Anfertigung darzulegen. Die damit beginnende Artikelserie dürfte auf allgemeines Interesse stoßen, und ist gerade die Modellischlerei ihren Ersatz an Arbeitskräften zum größten Teil aus dem Kreise der Bau- und Möbelschleifer entnimmt und diese letzteren ein berechtigtes Verlangen nach Kenntnis der Arbeiten dieses Berufes haben. Zum andern dürfte sich aber auch dem eigentlichen Modellischler selbst noch manches Neue sagen lassen. In ein anderes Arbeitsgebiet führt der Artikel von A. Weinsheimer „Von der Technik der Intarsia“ ein. Eine beigegebene Abbildung zeigt, wie Holzmosaiken aus dem Block geschnitten werden. Besonders ausgiebig sind diesmal die Holzbearbeitungsmaschinen in den Band- und Dekupiersägen und den Fräsen behandelt. In den Entwürfen erscheint ein Wohn- und Schlafzimmer einer Einzimmerwohnung aus dem diesjährigen Wettbewerb des Verbandes deutscher Kunstgewerbezeichner. Für den praktischen Versuch sind die Einzelstücke in geometrischer Darstellung und mit Maßstab versehen dargestellt. Hugo Hillig-Hamburg gibt in einem Beitrag „Das Bild an der Wand“ Winke, wie man die Wohnstube eines Raumes durch zweckmäßige Auswahl und richtige Anordnung des Wand Schmuckes heben kann. Ein weiterer Aufsatz behandelt das Wohnzimmer. Er wird unterstützt durch einige photographische Abbildungen von Räumen des Berliner Architekten Georg Honold.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen

Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2. Ältere Jahrgänge werden, soweit vorhanden, noch abgegeben.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Die rote Feldpost unterm Sozialkassengeß. Von J. Belli. Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart. Preis gebunden 1 Mk.

Es sind Erinnerungen aus der Zeit von Deutschlands tiefster Schmach, die Josef Belli, ein alter Parteiveteran, hier wiedergibt. Als Bismarck glaubte, mit brutaler Polizeigewalt die Arbeiterbewegung unterdrücken und die Sozialdemokratie vernichten zu können, als infolge des Strokes des infamen Schandgesekes das Erscheinen einer Sozialdemokratischen Literatur in Deutschland unmöglich war, da erstand dem Bismarckschen System ein fürchterlicher Feind in dem in Zürich herausgegebenen „Sozialdemokrat“. Selbstverständlich war das Blatt in Deutschland verboten und die Behörden richteten einen sorgfältigen Uebervachungsdienst ein, um das Einschmuggeln der verbotenen Ware zu verhindern. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Die von Motteler organisierte „Rote Feldpost“ war schlauer als die Grenzpolizei und Belli war einer der tätigen Augenbeamten der „Roten Feldpost“. Seine Erinnerungen sind eine Lektüre, die jedermann auf das angelegentlichste empfehlen werden kann.

Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -arbeiterinnen. Jahresbericht des Verbandsvorstandes für das Geschäftsjahr 1911. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

12 Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. (Muster-Wohnungen.) Ein Beitrag zum Kampf gegen das Klotz- und Logiswesen. Herausgegeben vom Vorstand des Landarbeiterverbandes, Berlin.

„Wenn der Riese ruht“ war der Titel eines Bildes, welches die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer diesjährigen Waisfestnummer abgedruckt hat. Dieses von A. W. Lutz gezeichnete Bild, welches die Idee des Generalstreiks veranschaulicht, wird jetzt vom Verlag von Gerisch u. Co. in Dortmund als Wandschmuck herausgegeben. Der Preis des Blattes ist 25 Pf.

Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1912.

Gau	Anzahl der Arbeitslosen im 2. Quartal	Anzahl der Arbeitslosen im 1. Quartal	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Anzahl der Arbeitslosen im 2. Quartal	Unterstützung haben erhalten							
			vom vorigen Quartal	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise			
								Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.
Danzig	40	4896	82	240	322	21	2	168	1904	2589	67	141	270	244	66
Stettin	45	8067	20	466	495	88	4	88	1027	1759	03	640	980	825	51
Breslau	46	8280	226	544	770	91	4	835	5898	10142	69	686	988	881	72
Berlin	95	87949	2886	12288	14669	2838	17	4915	85884	180254	40	1964	3687	3448	02
Dresden	54	16164	202	1821	1528	185	11	590	6862	12046	16	1480	2020	1709	06
Leipzig	62	19090	228	2148	2871	217	41	618	7870	18652	70	1788	2640	2248	48
Erfurt	78	7412	48	911	854	60	7	202	2878	8094	24	1262	1686	1455	08
Magdeburg	37	7226	78	566	644	55	20	294	3746	6084	27	1695	2469	2287	12
Hamburg	66	19968	808	5683	6451	691	54	1665	27546	59548	21	3415	6435	6124	17
Hannover	45	10877	181	1185	1316	220	28	534	6810	18687	70	2164	3346	3089	67
Düsseldorf	59	10670	94	768	847	76	31	324	3112	6007	97	2746	4594	4242	85
Frankfurt	63	11670	184	1288	1872	116	28	588	5600	9220	76	2820	4471	3988	65
Mürnberg	58	12431	129	515	644	148	12	877	5192	8939	18	1857	2384	2145	—
München	42	7226	144	1887	1581	144	9	802	2987	5996	49	1290	2597	2452	82
Stuttgart	90	12478	64	189	268	41	24	96	1180	1867	77	1863	3461	3324	60
Hauptkasse	—	482	2	9	11	2	—	1	18	80	—	87	80	64	60
1. Quartal 1912	376	190180	4390	26088	33578	4943	291	11092	167460	314766	25	25288	42016	88421	20
2. " 1912	872	187781	8406	30090	38496	4890	124	15361	289073	439901	99	16006	25262	22170	31
1. " 1911	873	181860	2509	29200	30807	3406	208	10038	127290	234971	12	14288	22884	20886	78
3. " 1911	864	170821	3458	25066	29124	2509	168	6529	72854	131354	15	19687	32889	30287	19
2. " 1911	857	172659	4198	22720	26918	3458	232	7001	109641	198016	12	22072	36616	38898	99

Im 2. Quartal 1912 wurden insgesamt 33 573 Mitglieder als arbeitslos gemeldet gegen 38 496 im vorigen und 26 918 im 2. Quartal 1911. Die Prozentziffer der Arbeitslosen zur jeweiligen Mitgliederzahl betrug im Vergleichsquarteral 17,7, im 1. Quartal 20,5 und im 2. Quartal 1911 15,6 Proz. Demnach ist die Arbeitslosigkeit gegen das Vorquartal um 2,8 Proz. gefallen, sie ist jedoch gegenüber dem Vergleichsquarteral 1911 um 2,1 Proz. höher. Der Prozentatz der Mitglieder, welche am letzten Tage des Vergleichsquarterals noch beschäftigungslos waren, betrug, gleich dem im 1. Quartal, 2,6; im 2. Quartal 1911 bezifferte sich dieser Prozentatz auf 2,0 Proz. Von den Gauen hat bezüglich der Arbeitslosenmeldungen der Gau Berlin mit 38,7 Proz. (42,9 im Vorquartal) wiederum die höchsten Ziffern aufzuweisen. Dann folgen: Hamburg 32,3 (31,6), München 21,2 (20,0), Stettin 12,5 (14,3), Leipzig 12,4 (12,0), Hannover 12,1 (13,1), Frankfurt 11,8 (13,0), Breslau 9,4 (13,1), Dresden 9,4 (12,6), Magdeburg 8,9 (14,3), Düsseldorf 7,9 (10,1), Danzig 7,3 (10,9), Nürnberg 5,2 (14,3), Erfurt 4,8 (8,5), Stuttgart 2,0 (6,9). Die Arbeitslosenmeldungen haben demnach in den Gauen Leipzig, Hamburg und München zugenommen; die Zunahme beträgt im Durchschnitt 0,8 Proz., während die in den übrigen Gauen erfolgte Abnahme der Arbeitslosenmeldungen sich auf 3,7 Proz. im Durchschnitt beziffert. Die stärkste Abnahme hat Gau Nürnberg mit 9,1 Proz. zu verzeichnen. Die Zahl der am Vergleichsquarteral verbliebenen Arbeitslosen geht in den Gauen Berlin mit 7,5 und Hamburg mit 3,5 Proz. über den Durchschnitt (2,6) hinaus. Der Zugang an Arbeitslosen betrug im Vergleichsquarteral 28 633, das ist gegenüber dem Vorquartal ein Rückgang von 1407, aber gegen das Vergleichsquarteral 1911 ein Mehr von 5933. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ging um 4769 zurück, steigerte sich jedoch im Vergleich zum 2. Quartal 1911 um 4091. Auf 100 Arbeitslose entfallen 33 Unterstützte gegen 36,6 im vorigen und 26 im 2. Quartal 1911. Der Anteil der Unterstützten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen

schwankt in den einzelnen Gauen sehr beträchtlich; er beträgt im Gau Erfurt 74,0, Nürnberg 68,5, Danzig 50,6, Breslau 50,0, Magdeburg 45,7, Hannover 40,8, Frankfurt 39,1, Düsseldorf 38,3, Stuttgart 38,0, Dresden 34,8, Berlin 33,5, Leipzig 26,1, Hamburg 25,8, München 19,7 und Stettin 17,8 Proz. Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit ist mit 15,1 Tagen dieselbe wie im 1. Quartal 1912; im Vergleichsquarteral 1911 betrug dieselbe 15,7 Tage. Der durchschnittliche Betrag der ausgezahlten Unterstützung ist von 27,73 Mk. im vorigen auf 28,38 Mk. im Vergleichsquarteral gestiegen; im 2. Quartal 1911 bezifferte sich der durchschnittliche Unterstützungsbetrag auf 28,28 Mk. Den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit hat mit 17,4 Tagen der Gau Berlin aufzuweisen, während im Gau Hamburg die höchste durchschnittliche Unterstützungssumme, die hier 85,76 Mk. beträgt, gezahlt worden ist. Mit 9,8 unterstützten Tagen steht dagegen der Gau Düsseldorf in bezug auf die Dauer der unterstützten Zeit am letzten Stelle, während die niedrigste Unterstützungssumme, die sich auf 11,81 Mk. beziffert, der Gau Erfurt zu verzeichnen hat. Die Reiseunterstützung ist gegen das Vorquartal um nicht weniger als 16 250,89 Mk. gestiegen, womit das Vergleichsquarteral 1911 noch um 4527,21 Mk. übertroffen wird. Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezahlt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben. Zum Schluß richten wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht veräumen möge.

Anzeigen.

Stiefelb. Unter Verbandsbureau befindet sich ab 1. Juli 1912 im Gebäude der 'Postwachst'...

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 82, II. Umkleen...

Breslau. Der paritätische Arbeitsnachweis findet Stelle 85, 86, 87. Die Arbeitsvermittlung findet außer Sonntagen, Sonn- und Feiertage...

Galle. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Galle befindet sich im Gebäude 8. Die Vermittlung erfolgt wochentags abends von 8-9 Uhr...

Günzburg. Auszahlung der Meistunterstützung bei Karl Meis, Kirchhof 5 I. Ein Betrag abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr.

Hildesheim. Die Arbeitsvermittlung geschieht für alle Branchen nur im städtischen paritätischen Arbeitsnachweis, Schiffbrücke 12. Jede andere Vermittlung...

Karlsruhe i. B. Das Bureau befindet sich Bahnhofstraße 50, 5. Meistunterstützung wird dabei von 8-9 Uhr vormittags ausbezahlt. Arbeitsvermittlung erfolgt ebenfalls dort.

Karlsruhe i. B. Das Bureau befindet sich Bahnhofstraße 50, 5. Meistunterstützung wird dabei von 8-9 Uhr vormittags ausbezahlt. Arbeitsvermittlung erfolgt ebenfalls dort.

Köln. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Köln befindet sich im Gebäude 28 und ist geöffnet wochentags abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr...

Köln. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Köln befindet sich im Gebäude 28 und ist geöffnet wochentags abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr...

München i. B. Die nach München zureisenden Kollegen sind streng verpflichtet, wenn sie hier Arbeit nehmen wollen, erst beim Arbeitsnachweis Erkundigungen über die Art der Arbeitsvermittlung...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7-8 Uhr. Umkleen ist streng verboten.

Stettin (Westl.). Arbeitsuchende haben sich bei der Lotterverwaltung zu melden. Umkleen verboten.

Georg Abrecht, Tischler, Buchn. 567292 wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Sorau nachzukommen. Seine Adresse bitten wir zu senden an R. Müller, Sorau, Auenstr. 8.

Friedr. Jul. Künzel, Tischler, geb. 10. 4. 1861 zu Weida wird gesucht. Derjenige, der mir zuerst dessen Adresse mitteilt, erhält 3 Mark Belohnung.

Gustav Meyer, aus Palat (Augsland), zugezogen, verstorben am 27. 4. 1912 in Lübeck, habe keine Adresse seiner Eltern wegen an B. Mengel, Lübeck, Auenstr. 25/10.

Karl Mühlberger, Schreiner, sende Deine Adresse an a. Sebastian Bell, Braunshaus (Walg), Wirtschaft a. Nachtlicht.

Otto Schulz, Tischler, Buchn. 77498, geb. 3. 12. 1878 in Guben, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Nieja nachzukommen. Kollegen, welche dessen Aufenthalt kennen, werden gebeten, seine Adresse an B. Weinhold, Nieja (We), Bismarckstr. 22 zu senden.

Zahlstelle Cöln a. Rh.

Als Lokalbeamter wurde der Kollege Emil Wendler-Blauen gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank. Die Lokalverwaltung.

Zahlstelle Bergedorf.

Sonntag, den 28. Juli 1912

Gr. Sommervergügen

in Bahmanns Etablissement Zöllenspieler. Verpflegung für Damen und Herren und Ball. Gemeinnützigen Kaffee. Die Kollegen der hiesigen und benachbarten Zahlstellen mit ihren Angehörigen sind freundlich eingeladen. Abfahrt Bahnhof Süd, mittags 12 Uhr 33 Min. Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Tischler auf Speise- und Herrenzimmer haben sofort Beschäftigung. Richard Elze, Sübener & Co., Dessau.

5-6 Tischler auf beste furnierte Arbeit sind dauernd besch. Hermann Brenstedt, Bad Gatzburg, Herzog Wilhelmstraße 9.

Einen Bau- und Möbeltischler sucht für feinere Arbeit, auf dauernde Beschäftigung. P. Funck, Witrow i. W., Töpferstr. 68.

Möbeltischler

auf eigene furnierte Schlafzimmer, welche auch mattenen können, stellt ein und erbitet Angebot unter Lohnansprüchen aus bisheriger Tätigkeit.

Otto Jörn, Kleinbliden a. Harz.

Stelle sofort mehrere tüchtige Bautischler für dauernde Beschäftigung ein.

W. Großkopf, Bautischler, Drielsburg (Ostpreußen).

2 ord. u. tücht. Bautischler, die auch Aufschlägen und Einsetzen können, für dauernd gute Arbeit, sucht M. Wittjorra, Fabrik mit Kraftbetrieb, Rönitz (Westpr.).

Für meine Tischlerei mit Kraftbetrieb, tücht. Tischl. a. Teillhaber m. 4-8000 Mk. Offert. unt. N. N. 308 a. b. Exp. b. Bzg.

2 Tischler, die perfekt auf bessere Möbel arbeiten können, sucht Karl Abendroth, Walbruch b. Schlitz i. Hann. (Holl. Grenze).

Tücht. Rahmenstreimer für seine Leistenrahmen findet dauernde Stellung. Hugo Schön, Kunsthandlung, Mannheim.

Jüngere Tischler, 21 Jahre alt, welcher die Beiz- und Polierfachschule zu Cöthen besucht, sucht Stellung als Beizer.

Offerten bis 29. Juli erbeten an Otto Fröh, Cöthen in Anhalt, Neustadt 44a. Kollegen, welche mir passende Stellung besorgen, bin ich äußerst dankbar.

Tücht. Pianozusammenleger und Bodenmacher finden lohnende u. dauernde Beschäftigung bei Ferd. Thürmer, Hof-Piano-Meißner.

Tischlergesellen gesucht für gute Akkor- und Lohnarbeit. Bau und Möbel. Nur feinere Arbeiten. Meisterwerkstätten der Tischlerfachschule Detmold.

Den Gesellen ist Gelegenheit gegeben, am Abendunterricht der Schule teilzunehmen. Leiter der Werkstätten: Tischlermeister W. Dirks.

Einen tüchtigen Möbelpolierer, gegen Akkor und Lohn, sucht per sofort für dauernd. Heinrich Abt, Möbelfab., Ahlbeck (Seebad).

Ein Kastenmacher auf Wagen- und Autokisten gesucht. Joh. Altenkirch, Stellmacherei m. Kraftbetr., Döbeln i. Sa.

2 Korbmacher a. Meißnerbörbe u. Gringelsh. stellt sofort ein. Fr. Alrich, Perleberg.

10 Korbmacher auf groß- und kleingeschlagene Arbeit, und solche, die sich auf feinere Rohrmöbel einschaffen wollen, per sofort gesucht, bei Chr. Stern, Rohrwaren- u. Rohrmöbelfabrik, Nürtingen (Württbg.).

Jüngere Korbmacher auf geschlagene Arbeit stellt sofort für dauernd ein. Richard Seyne, Neuruppin, Wichmannstr. 6.

Zwei bis drei tüchtige Korbmacher auf Rohr gut eingearbeitet, finden dauernde Stellung. Erste süddeutsche Rohrkorbmanufaktur.

C. Schloßstein, Heilbronn a. Neckar.

Unberbeit. Korbmacher sof. f. dauernd ges. Heinrich Heinen, Düsseldorf, Kirchfeldstr. 83.

Suche per sofort einen tüchtigen, jungen Korbmacher, auf Meißner- und Bajschörbe, gegen hohen Lohn. Reise wird nach 6 Wochen vergütet. A. Schormann, Korbgeschäft, Bad Döbernhagen i. Westfalen.

Einen Korbmacher auf Mattarbeit sucht Gierh, Anklam.

Korbmacher auf Gefäßbörbe 98 stellt sofort ein. A. Müller, Korbmacher, Osterburg (Altin.).

Gesucht 2 Korbmacher auf Mattarbeit. Ludwig Behjen, Trittau i. S.

4 Korbmacher auf grün und Rohr, für dauernde Arbeit, stellt ein. W. Sandau, Gardelegen (Altin.).

Taubstümmer Korbmacher sucht ebenfalls taubstummen Kollegen auf Gefäßbörbe. Gustav Voß, Korbwarenfabr., Halberstadt.

Korbmachergehilfen auf weiß und grün geschlagene Arbeit sucht Dr. Wehler, Meßner, Großenh.-Str. 33.

Korbmachergehilfen auf Mattarbeit stelle bald ein. Herm. Licher, Groß-Tschansch b. Breslau.

Suche Korbmacher auf Peddigmöbel bei gutem Lohn. Reinhold Weber, Bernstadt (Sachsen).

Tischlerei u. Glaserer, gut. Bilderrahmen-gesch., alte Rindsch., sichere Existenz, weg. Famil.-Verhält. bill. a. verl. Erford. 2700 Mk. Off. unt. N. N. 50, Dresden, Postamt 10.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

G. m. b. H. in Berlin G. Z. Neue Friedrichstraße 2.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene

Lohnbuch für Holzarbeiter.

Der Einzelpreis beträgt 10 Pf. An die Zahlstellenverwaltungen liefern wir: 50 Exemplare (1 Postpaket) für 4.50 Mk. portofrei 100 " (1 Postpaket) " 7.50 " 180 " (2 Postpakete) " 14. " 300 " (4 Postpakete) " 27. " 300 " (4 Postpakete) " 27. "

Ferner empfehlen wir zur Anschaffung:

Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Von Theodor Leipart, Vorsitzender d. Deutschen Holzarbeiterverbandes. 1.-Mk. Vorzugspreis für Verbandsmitglieder 80 Pf. Porto extra.

Liebknecht's Volkswörterbuch. 3. Auflage. 3.20 Mk.

Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter. Verdeutscht und erläutert von Adolf Braun. Vierte Auflage. 90 Pf.

Scherer's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Tourenbuch für Stadtfahrer. Siebente Auflage. 1.50 Mk.

Vermitterkubise lauft gegen Hof. Käffe Paul Goldschmidt, Hamburg 11.

Steifstife und Maßstäbe 'Solldarität' nur mit meinem Namen echt. Jean Bloß, Stein-Mürnberg.

Hobelbänke

Billig per Kasse resp. Nachnahme: Platlänge: 170 180 190 200 230 cm Preis: 30 41 43 45 48 Mk. Hobelbänke mit eisernen Schneiden pro Wirt 5 Mk. mehr. Ferner extra billige Hobelbänke: Platlänge: 180 200 cm Preis: 37 40 Mk. Preislisten auf Wunsch.

Gebr. Grafe, G. m. b. H. Hobel- und Hobelbänkefabrik, Vögnitz. Wir kaufen auch jeden Posten gebrauchter Hobelbänke gegen Kasse!

In Görnitz (Schl.) ist eine geräumige Stellmachereiwerkstatt mit guter fester Kundsch. zum 1. Oktober d. J. zu vermieten. Gefällige Anfragen erbitte an Moritz Kupke, Schmiedemeister, Göritz, Lutherstraße 44.

Mein lieber Freund

Interessierst Du Dich für amerik. Werkzeug-Neuheiten? Dann verlange sof. gratis Plakat Januar 1912 mit vielen neuen Abbildungen von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Straße 31.

Patent Schraubenzieher Nanteo Nr. 20, ausgezogene Länge 60 cm, mit 8 Rilligen à 4.50 Mk. Schraubhel Nr. 80, m. 1 St. 70 mm br. à 2.25 Mk.; Schraubhel Nr. 8, Original dr. à 2.25 Mk.; Schraubhel Nr. 1a à 5.25 Mk.; Leimkrabbe 1a Stahl, 60 mm br. à 60 Pf.; Schlie-Dillon-Ziehstange à 30 Pf.; 6 Stk. 1.50 Mk.; 1a Dübelstift 8 Löcher mit Zähne à 1.40 Mk.; Bohrwinden m. Stängel à 1.50 Mk.

Paul Horn, Politur- u. Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein wasser-echtes Peha-Matt, meine nach eigenem Ver-fahren hergestellten und gereinigten Schellackpolituren und meine Holzbeizen, die sich besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.) Mein neues Polierverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

- Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend: 1 Fl. Peha-Matt, 1 Dose Porenfülpulv. Mon-Ak (nussb.) 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 " Marmor-Mono (mahag.) 1 " Patentpolitur zum Reinpulieren 1 " Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellhuss) 1 " allerr. Politur-Glanzack (blond) 1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitzen schadhafter Holzstellen) 1 " Kristall-Lack (blond) 1 " Schleif- und Polieröl (gelblich) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30mm) Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskolle zum Polieren zu 8 Mk., franko inkl. Emballage.

Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes

Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auflage erschienen. Dies allseitig glänzend beurteilte Werk kostet im Buchhandel 1.50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet. Mein neues Preisverzeichnis wird jedem auf Wunsch gern umsonst zugesandt.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! Abonnement 3 Mk. das Jahr. Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn. In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie postfrei für 1 Mk. versandt.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin. Druck: Sorbars Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 84.

Spezialgeschäft in Tischlereibedarfsartikeln. Hobelbänke, Werkzeug in Qualität. Niederlage von Illmer Werkzeugen, Französische Werkzeiggewinnungen. von der Ah & Lunt Hamburg-Uhlenhorst, Kanalstr. 80/88.

Lade, Polituren, Beizen. kauft man am besten u. billigsten in der Lackfabrik G. Dräsch, Meißnerdorf, Zuffenstr. 15. Muster gratis.

Gütingungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Befenblinderhof 70.

Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule Cöthen 3 in Anhalt. Theor. u. prakt. Ausb., Erf. gar., Dauer 4 Wch. ohne Vorbild., gutbez. Stell., Eintr. thgl., Ausk. kostenfrei. (a. Meisterprüf.). Kurse f. a. höh. Betriebsbeamte.

Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro-Ing. Bau-Ing. und Architekten.

Deutschlands einzige mit Handablenkvorrichtung verbundene Tischlerfachschule Ilmenau. Grösster Stellennachweis, Schüler unserer Anstalt, mit zirka 10000 Möbelabriken und Tischlerereien des in- u. Auslandes. Progr. frei. Dir. Steinig.

SEIT 20 JAHREN nicht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Aushang frei. DIREKTOR KOLSCHER

Kunstgewerbliche Tischlerlehre Blankenburg, N. 2 Programm frei. Direktor Reineking.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen. Grösste und anerkannt beste Privatschule der Branche. - Im 8. Schuljahre erhielten 69 Schüler Stellung umsonst.